

79. Sitzung

am Freitag, dem 10. November 2006, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	6055	Beschluss	6074
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Sepp Ranner	6055	Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Susann Biedefeld u. a. u. Frakt. (SPD) Keine Aufweichung des Ladenschlussgesetzes in Bayern – Familie hat Vorrang (Drs. 15/6693) und Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Renate Dodell, Thomas Kreuzer u. a. u. Frakt. (CSU) Für interessengerechte Ladenöffnungszeiten in Bayern – Entwicklung in anderen Bundesländern sorgsam auswerten (Drs. 15/6761) Kathrin Sonnenholzner (SPD) 6074, 6077 Joachim Herrmann (CSU) .. 6076, 6077, 6081, 6082 Dr. Martin Runge (GRÜNE) 6078, 6082 Franz Maget (SPD) 6080 Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) 6082	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Klimaschutz jetzt umsetzen (Drs. 15/6691) und Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Susann Biedefeld, Johanna Werner-Muggendorfer u. a. u. Frakt. (SPD) Drei Jahre Klimaschutzbündnis in Bayern: Ohne Ziele und Erfolgskontrolle kann Klimaschutz in Bayern nicht gelingen (Drs. 15/6760) Ruth Paulig (GRÜNE) 6055, 6061, 6063 Susann Biedefeld (SPD) 6057, 6060, 6064 Christian Meißner (CSU) 6059, 6060 Staatsminister Dr. Werner Schnappauf 6062, 6063, 6064		Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 15/6761	6083
Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 15/6691	6065	Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 15/6693 (s. a. Anlage) ..	6083, 6085
Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 15/6760	6065	Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Krise der Hauptschule als Einstieg für eine umfassende Schulreform (Drs. 15/6694) und Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt. (SPD) Weiterentwicklung der Hauptschulen (Drs. 15/6759)	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Prof. Ursula Männle u. a. u. Frakt. (CSU) Chancen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auch für Bayern nutzen (Drs. 15/6692) Alfons Zeller (CSU) 6065 Dr. Linus Förster (SPD) 6067 Dr. Martin Runge (GRÜNE) 6070 Staatsministerin Emilia Müller 6072			

Verweisung in den Bildungsausschuss 6083

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt. (SPD)

Berufliche Schulen – Investitionen in eine erfolgreiche Zukunft endlich tätigen! (Drs.15/6695)

Verweisung in den Bildungsausschuss 6083

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sozialberichterstattung (Drs. 15/6696)

Verweisung in den Sozialausschuss 6083

Schluss der Sitzung 6083

(Beginn: 9.05 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 79. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Wie immer haben Presse, Funk und Fernsehen um Aufnahmegenehmigung gebeten. Diese wurde erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich dem Kollegen Sepp Ranner in dessen Abwesenheit herzlich zum heutigen Geburtstag gratulieren und ihm alles Gute wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschutz jetzt umsetzen (Drs. 15/6691)

und den nachgezogenen

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Susann Biedefeld, Johanna Werner-Muggendorfer u. a. u. Frakt. (SPD)
Drei Jahre Klimaschutzbündnis in Bayern: Ohne Ziele und Erfolgskontrolle kann Klimaschutz in Bayern nicht gelingen (Drs. 15/6760)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn es für Parlamentarier noch relativ früh ist, haben wir nun das Thema „Klimaschutz jetzt umsetzen“ vor uns, das für Sie alle von höchster Brisanz sein sollte. Die Ladenschlussdebatte ist selbstverständlich auch wichtig. Aber ich bitte Sie, sich zunächst auf dieses Thema zu konzentrieren.

Wie Sie wissen, versuchen wir seit der Konferenz in Rio im Jahre 1992, den Klimaschutz voranzubringen. Vor 14 Jahren haben 157 Staatschefs die Rahmenkonvention zum Klimaschutz unterzeichnet, im Jahre 1997 wurde das Kyoto-Protokoll völkerrechtlich verbindlich, das sagt: Weltweit muss der CO₂-Ausstoß um 5,2 % reduziert werden. Heute stehen wir vor einem Desaster. Der CO₂-Ausstoß ist weltweit um 27 % gestiegen.

Deutschland ist dank sieben Jahren rot-grüner Bundesregierung in der glücklichen Lage, einiges vorangebracht und angestoßen zu haben. Andere europäische Länder bleiben weit hinter ihren Zielen zurück. Die Klimaforscher weisen darauf hin, welche Dramatik in diesem falschen Handeln der Politik liegt. Das Ziel, das die Klimaforscher dringend vorgeben, ist eine Reduktion der Treibhausgase bis zum Jahr 2050 um weltweit 50 %. Für die Indus-

triestaat gilt es sogar, die Treibhausgase um 80 % zu reduzieren.

Wenn wir dies schaffen, haben wir eine Chance, den Temperaturanstieg zu verlangsamen. Verlangsamen bedeutet aber, dass wir dennoch mit den Auswirkungen, die bereits jetzt zu spüren sind, künftig in noch wesentlich dramatischeren Formen zu kämpfen haben werden. Schauen Sie sich die Auswirkungen weltweit an: Die Wettergeschehnisse haben dramatisch zugenommen, Hurrikans und Tornados haben zugenommen, Dürren, Überschwemmungen, Überflutungen, Trockenzeiten, wodurch bereits jetzt viele Menschenleben zu beklagen sind.

Dies hat auch erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen. Wenn Sie schon nicht an die ökologischen Schäden denken, dann denken Sie doch an die wirtschaftlichen Schäden. Der Stern-Bericht, der Bericht des Chef-Ökonoms der Weltbank, der kürzlich in England vorgelegt wurde, vergleicht die Klimaschäden mit den Folgen der zwei Weltkriege und sagt ganz klar: Wenn wir die Klimaschäden einigermaßen beschränken wollen, müssen wir jetzt auf zwei Ebenen handeln. Erstens müssen wir die Treibhausgase reduzieren. Mit immensen Investitionen und auch mit wirtschaftlichen Vorteilen für jene, die dies tun, ist das machbar. Zweitens müssen wir die Klimaanpassungsstrategien voranbringen. Er sagt, wenn hier nicht angemessen gehandelt wird, haben wir möglicherweise mit Schäden von 20 % des Bruttoinlandsprodukts zu kämpfen. Das sind dramatische Hinweise, und Sie wären gut beraten, in ein politisches Handeln einzusteigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir uns aber Bayern anschauen, dann sehen wir, dass dieses Thema bei Ihnen überhaupt noch nicht angekommen ist. Von höchster Schizophrenie geprägt handeln Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Umweltminister Schnappauf verkündet in wunderbaren Sonntagsreden, wie wichtig der Klimaschutz ist, und das Wirtschaftsministerium schweigt sich aus und handelt kontraproduktiv. Im Landesentwicklungsprogramm, das wir im letzten Juli verabschiedet haben, findet sich der Klimaschutz – das ist unglaublich – in sage und schreibe viereinhalb Zeilen. Viereinhalb Zeilen ist uns der Klimaschutz im Landesentwicklungsprogramm, das 2006 verabschiedet wurde, wert.

Klimaschutz müsste jeglichem politischen Handeln zugrunde liegen. Wie setzen wir Klimaschutz um? – Sie investieren in Straßenbau, in Schneekanonen, in Flächenversiegelung, in maximale Gewinnsteigerung, in kurzfristige Gewinnsteigerung in der Landwirtschaft anstatt in Wasseraufnahmeressourcen und in die Schonung der Böden. Sie setzen auf die falschen Pferde und rennen in den Abgrund.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Was auf Bundesebene geschieht, ist eine Katastrophe.

Während der deutschen G-8-Ratspräsidentschaft wollen Sie als Beteiligte in der Großen Koalition den Klimaschutz anderen Themen voranstellen. Angeblich ist das ein wichtiges Anliegen dieser Bundesregierung. Schauen wir uns aber die Fakten an, so stellen wir fest: Bei allen vernünftigen Programmen, die wir Grüne in Berlin beispielsweise zum Ausbau der erneuerbaren Energien hatten, die zur Energieeffizienz und zur Energieverschwendungsminderung auf den Weg gebracht sind, wird gekürzt und gestrichen. Ein Fisch ist abgenagt, und ein paar Gräten lassen Sie übrig. So sieht es auf der Bundesebene aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu ein paar Daten: Das Marktanreizprogramm der Bundesanstalt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle – BAFA – ist seit Mai dieses Jahres leer, und Sie stellen keine neuen Mittel ein für Sonnenkollektoren und Biomasseanlagen. Nach dem KfW-Programm zur Förderung erneuerbarer Energien sind KWK-Biomasseanlagen, Tiefengeothermie, die Erweiterung und Reaktivierung von Wasserkraftwerken bis 500 kW nicht mehr förderfähig. Auch der Teilschulderlass ist reduziert worden; Anträge werden nur noch bis Mitte des Monats angenommen, dann ist Ende. Sie haben alle Programme, die Anreize zur Investition in die Energieeinsparung und zum Ausbau der erneuerbaren Energien bieten gekürzt bzw. gestrichen. Da steht nur noch ein Gerippe, und es fehlt das Fleisch.

Die Beratung zur Energieeinsparung vor Ort ist gekürzt, und die Mittel zur CO₂-Gebäudesanierung sind gekürzt. In Bayern gibt es dieselben Entsprechungen. Auch das CO₂-Minderungsprogramm gibt es in Bayern nicht mehr. Es wird auf den Umweltfonds verwiesen. Schauen wir uns doch die Maßnahmen an, die wir jetzt im Haushalt haben: Zum Beispiel haben Sie die Förderung von Maßnahmen im Energiebereich von 11 auf 8,4 Millionen Euro gekürzt. Wir haben da eine Aufstockung gefordert, Sie haben sie abgelehnt. Wir können feststellen, dass die Zuschüsse und sonstigen Ausgaben zur Abdeckung der Risiken bei Geothermie ein Leeransatz sind, dafür stehen im Haushalt keine Mittel. Es ist zwar erfreulich, dass wenigstens das Gerippe noch steht, aber es sind im Haushalt keine Mittel vorgesehen.

Schauen wir uns die energiewirtschaftlichen Untersuchungen und Maßnahmen bei staatseigenen Gebäuden an, wo von 300 000 im Jahr 2003 auf 175 000 Euro im Jahr 2006 gekürzt wurde – und dann verkaufen Sie einen Anstieg um 25 000 Euro als große Errungenschaft für das nächste Jahr! Schauen Sie Ihren Haushalt an: Nichts ist da.

(Beifall bei den GRÜNEN)

6000 bis 8000 staatseigene Gebäude sind zu sanieren. Laut Antwort auf eine Anfrage meiner Kollegin Christine Kamm aus dem Jahr 2005 ist bei 23 Gebäuden – vielleicht liegt diese Zahl inzwischen ein bisschen höher, nämlich etwa bei 30 Gebäuden – des Freistaats eine Sanierung vorgesehen. Bei 6000 bis 8000 Gebäuden haben wir 44 solarthermische Anlagen in Betrieb. Alles dies können Sie auf Drucksache 15/3338 nachlesen. Das heißt, bei weniger als 1 % der staatlichen Gebäude gehen Sie eine

energetische Sanierung an. Das ist für die Aufgabe, die in Ihrem Verantwortungsbereich liegt, eine Bankrotterklärung, wie es schlimmer nicht mehr geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir doch einmal auf das, was im Internet zu den Erfolgen der Bayerischen Staatsregierung zu lesen ist; denn Sie stellen sich immer hin, verkaufen Ihr Klimaschutzkonzept und das Klimaschutzbündnis als große Errungenschaften. Wer aber genauer hinschaut, sieht: Auch hier ist es eine Bankrotterklärung. Sie verkaufen seit vielen Jahren als Klimaschutzkonzept, dass Sie bis zum Jahr 2010 die Treibhausgase um 5 % reduzieren wollen, wenn Sie denn Ihr Ziel von 80 Millionen Tonnen CO₂ in der Primärbilanz erreichen.

(Christian Meißner (CSU): Schlafen Sie ruhig, das schaffen wir schon!)

– Okay, wunderbar! Herr Meißner, Ihre Zuversicht hätte ich gerne. Wenn wir das anschauen, was jetzt erreicht worden ist, stellen wir eine Reduktion fest. Diese Reduktion wurde allerdings erreicht, weil Braunkohlekraftwerke, mehrere Blöcke abgeschaltet wurden, insbesondere Arzberg, Schwandorf und Aschaffenburg. Dieses hat in der Tat in der Quellenbilanz zu einer Minderung geführt.

Schauen wir uns aber einmal die bayerischen Zahlen an. Sie sagen immer, wunderbar, wir haben die geringste CO₂-Emission pro Kopf. Nur: Sie gehen von der falschen Bilanz aus. Nehmen Sie die Verursacherbilanz. Nehmen Sie das, was im Freistaat wirklich freigesetzt wird. Dann schauen die Zahlen ganz anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich darf Ihnen die in der Verursacherbilanz vorliegenden Zahlen, die kontinuierlich angestiegen sind, gerne einmal nennen; sie sind gestiegen von 1990 113 Millionen auf im Jahr 2001 127 Millionen Tonnen CO₂. Das Tolle ist: Weil Ihnen dieser Anstieg nicht passt, haben Sie seit wenigen Wochen diese Zahlen aus dem Netz genommen. Bis vor wenigen Wochen war im Netz, und zwar in der Datei des Länderarbeitskreises „Energiebilanzen“, zu sehen, wie in Bayern dieser Anstieg der CO₂-Emissionen abläuft. Wir stellen jetzt fest, Bayern ist bundesweit das einzige Land, das seine Energiebilanzen nicht mehr offenlegt. Sie haben diese Zahlen aus dem Netz genommen. Das ist doch wirklich eine Bankrotterklärung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach diesen Zahlen ist nämlich die Pro-Kopf-Emission auf über 10 Tonnen angestiegen und liegen nicht bei 7,4 oder 7,2 Tonnen, die Sie uns ständig zu verkaufen versuchen. Setzen Sie diese Zahlen wieder in das Netz, und zwar aktualisiert. Wir haben sie in unseren Unterlagen noch bis 2001, und bis dahin ist in Bayern ein dramatischer Anstieg festzustellen. Auch bei der Quellenbilanz wurden Ende Oktober nur die Zahlen von 2003 in das Netz gestellt. Aktualisieren Sie endlich diese Zahlen und stellen Sie sich dieser Emissionsbilanz in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Bilanzfälschung kommen wir nicht weiter, wenn wir in Bayern den Klimaschutz umsetzen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nehmen Sie endlich Ihre Verantwortung im Bund und auf europäischer Ebene wahr. Es gibt auch CSU-Abgeordnete im Europaparlament, ganz ausgestorben sind sie auch da noch nicht. Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr und setzen Sie sich für einen effektiven Klimaschutz ein – nicht für Emissionsregelungen, wo jeder Industriebetrieb unten durchtauchen kann. Wenn wir wirklich einen Handel mit Treibhausgasen auf den Weg bringen wollen, der klimaschutzrelevant ist, muss ein Wettbewerb entstehen. Derzeit besteht kein Wettbewerb. Wenn wir dieses marktwirtschaftliche Instrument irgendwann verifizieren wollen, müssen ehrgeizige Ziele gesetzt werden, die einer Minderung dienen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Automobilunternehmen haben großartig eine Selbstverpflichtung angekündigt. Aber sehen Sie sich doch an, was diese Automobilunternehmen bis jetzt geschafft haben: Die Reduktion bis 2008 auf 140 Gramm CO₂ pro Kilometer ist eine Selbstverpflichtung der Automobilindustrie. Und wo liegen wir heute: BMW bei durchschnittlich 192 Gramm CO₂ pro Kilometer, bei den Dreiermodellen bei knapp 250 Gramm CO₂ pro Kilometer.

Bei diesen Bilanzen sehen Sie: Die Versprechungen werden weit verfehlt. Sie handeln absolut kontraproduktiv.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Letztes: Hören Sie endlich auf mit Ihrem schizophrenen Verhalten. Sonntagsreden im Umweltministerium und Umweltzerstörung sowie Klimabelastung aufgrund von Entscheidungen des Wirtschaftsministeriums und des Innenministeriums – damit werden wir das Klima nicht retten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es mag sein, dass sich der eine oder andere inzwischen bemüht fühlt, sich den Lebensthemen der Menschen zuzuwenden. Dazu kann ich nur sagen: Wenn Sie Lebensthemen behandeln wollen, dann tun Sie das konsequent und wirklich an den Notwendigkeiten unserer Lebensqualität und unserer Zukunft, also an den Notwendigkeiten der Nachhaltigkeit orientiert. Es reicht nicht aus, schizophrenes Verhalten zu zeigen nach dem Motto: Lieber schizophren als allein.

Ich bitte Sie inständig, nehmen Sie Ihre Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten wahr. Legen Sie Klimaschutz und Nachhaltigkeit allen Ihren Entscheidungen zugrunde. In unserem Dringlichkeitsantrag haben wir konkrete Entscheidungen aufgeführt, die Sie im Rahmen Ihrer Verantwortung in Bayern treffen können. Wir sagen, das Klimaschutzziel von Kyoto ist umzusetzen, und der Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern ist voranzubringen. Wenn die Bundesprogramme gestrichen wer-

den oder ausgeschöpft sind, dann legen Sie eigene Förderprogramme auf. Handeln Sie im eigenen Verantwortungsbereich bei den staatlichen Gebäuden. Bringen Sie Neubau und Sanierung von Gebäuden voran. Führen Sie einen vernünftigen Energiepass ein, der sich am Bedarf orientiert. Setzen Sie auf die Verkehrsvermeidung in allen Ihren Entscheidungen; denn im Verkehr entstehen über ein Drittel der CO₂-Belastungen. Stoppen Sie jegliche weitere Subventionierung des Flugverkehrs; denn auch der Flugverkehr ist zu einem erheblichen Anteil schuld an den Verschlechterungen des Klimas. Handeln Sie auch im eigenen Verantwortungsbereich, beispielsweise beim Einkauf von Nutzfahrzeugen. Es ist nicht verpönt, dass auch Mitglieder der Staatsregierung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Es tut Ihrer Gesundheit gut, wenn Sie gelegentlich das Fahrrad benutzen und nicht in einen klimaschädlichen CO₂-Emittenten einer bayerischen Autofirma einsteigen. Handeln Sie verantwortlich. Handeln Sie jetzt, und setzen Sie den Klimaschutz jetzt um!

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt immer wieder neue Klimaprognosen, aber alle haben eines gemeinsam: Sie zeichnen ein düsteres Bild. Ich nenne nur ein für Bayern sehr bezeichnendes Beispiel, das für uns und diejenigen, die es noch erleben werden, von großer Bedeutung ist. Es heißt immer wieder, wegen der stetigen Erwärmung wird es in 20 Jahren keine Alpengletscher mehr geben. Das ist eine von vielen Auswirkungen des Klimawandels, dem wir hier nicht entgegenarbeiten, weil Sie nach wie vor nicht bereit sind – Frau Kollegin Paulig hat es angesprochen –, die richtigen Weichen zu stellen und die nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Mit Reden allein ist dem Klimawandel nicht zu begegnen, Herr Staatsminister Dr. Schnappauf. Das ist nicht möglich.

(Beifall bei der SPD)

Beim Klimawandel haben Sie wieder einmal Ihre Paraderolle eingenommen, nämlich die des Ankündigungsministers. Ich nenne nur das bayerische Klimabündnis. Wir befinden uns gerade im Jahre drei des bayerischen Klimabündnisses. Am 21. Oktober 2004 wurde das Bündnis zwischen der Bayerischen Staatsregierung und dem Bund Naturschutz abgeschlossen. Man findet in der Vereinbarung aber kaum feste Ziele und klare Vorgaben. Man findet auch keine Vorgabe, die besagt, dass eine Evaluierung und eine Erfolgskontrolle durchzuführen sind. Man findet dort nur unverbindliche Absichtserklärungen und Allgemeinplätze. Das einzig Konkrete in diesem sogenannten bayerischen Klimabündnis ist das Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2010 auf – man höre – 80 Millionen Tonnen zu senken. Das ist lächerlich angesichts der Tatsache, dass diese Emissionen im Referenzjahr 1992 85 Millionen Tonnen betragen haben.

Bisher sind keine nennenswerten Erfolge des Klimabündnisses festzustellen. Das liegt vor allem daran – ich habe

es schon gesagt –, dass keine Ziele und Handlungsansätze festgeschrieben worden sind. Umso notwendiger ist es, dass sich der Bayerische Landtag im Jahre drei nach Abschluss des Bündnisses verpflichtet, mit allen Beteiligten eindeutige Schritte zu unternehmen. Wir wollen auch, dass diese Schritte auf Erfolg und Wirksamkeit bzw. Effizienz hin überprüft werden. Wir haben mit unserem Antrag auf Drucksache 15/6760 einen Maßnahmenkatalog ausgearbeitet, den wir in vielen Punkten nicht zum ersten Mal hier einbringen. Es sind einige neue Punkte dabei, aber wir könnten in Bayern schon viel weiter sein, wenn Sie hier im Hohen Hause unseren Anträgen zugestimmt hätten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, scheinbar ist Ihnen der Klimaschutz kein wichtiges Anliegen. Die große PR-Maschinerie reicht wohl aus, um große Ankündigungen und Versprechen, die nicht eingelöst werden, zu produzieren. Luftnummern und Seifenblasen, die zerplatzen, stehen als Überschriften über dem bayerischen Klimabündnis, wie wir es kennen.

(Beifall bei der SPD)

In Anbetracht der Zeit kann ich nur auf einige wenige Punkte in unserem Maßnahmenkatalog eingehen. Ich verweise auf die genannte Drucksache 15/6760. Sie liegt Ihnen vor. Was fordern wir konkret? – Ich nenne als erstes eine wiederkehrende Forderung, bei der wir nicht nachlassen werden. Wir wollen einen jährlichen Klimaschutzbericht, in dem alle eingeleiteten Maßnahmen auf ihre Effizienz hin überprüft werden. Wir wollen, dass hier Kontrolle stattfindet. Wir wollen nicht Papier und Bürokratie vermehren, im Gegenteil: Wir wollen, dass wirklich etwas vorangeht. Ob dies der Fall ist, kann man aber nur feststellen, wenn man kontinuierlich überprüft. Ziele darf man sich nicht nur setzen, man muss ihre Einhaltung auch überprüfen. Deswegen brauchen wir einen jährlichen Klimaschutzbericht.

Pakte wie der Umweltpakt und der Klimapakt sind nichts wert, wenn sich die Teilnehmer nicht auf verbindliche Ziele festlegen. Auch bei diesen Pakten wollen wir eine Verpflichtung auf verbindliche Ziele und eine Evaluierung. Eine weitere uralte Forderung hat Frau Kollegin Paulig schon angesprochen. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Forderung der Opposition. Ich sage nur „ORH“. Der Oberste Rechnungshof hat die Staatsregierung schon mehrmals zum Handeln aufgefordert. Der Freistaat Bayern ist ein Energieverschwender par excellence. Das steht im Bericht des Obersten Rechnungshofs. Deshalb ist die Staatsregierung zum Handeln aufgefordert, aber bisher kamen immer nur Worte und keine Taten. Wir wollen, dass endlich eine energetische Sanierung unserer über 8000 staatlichen Liegenschaften stattfindet. Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehen wir als öffentliche Hand doch mit gutem Beispiel voran!

(Beifall bei der SPD)

Wir können nicht immer nur die Privaten oder die Kommunen zu etwas auffordern. Gehen wir mit gutem Beispiel voran. Bringen wir ein landeseigenes Programm auf

den Weg für die energetische Sanierung unserer eigenen Liegenschaften. Sie stellen sogar einen Haushaltstitel ein; das kam eben schon zur Sprache. Aber wie sieht dieser Haushaltstitel aus? – In den Haushaltsjahren 2005 und 2006, aber auch in den kommenden Haushaltsjahren 2007 und 2008 steht in dem Titel eine Null. Sie haben keinen Cent übrig. Es wird kein Cent eingesetzt für die energetische Sanierung unserer eigenen Liegenschaften. So kann es nicht weitergehen. Wieder gibt es nur große Ankündigungen, sonst nichts.

(Beifall bei der SPD)

Was wollen wir weiter? – Wir wollen, dass die Zahl der Blockheizkraftwerke erhöht wird. Wir stellen uns vor, dass man im Rahmen eines Förderprogramms mit zinsverbilligten Darlehen das Ziel erreichen kann, bis zum Jahr 2010 die Zahl der Blockheizkraftwerke auf 3600 zu verdoppeln.

Wenn man dies will und dafür auch Mittel einstellt, wäre dies durchaus möglich – wie gesagt: ein Förderprogramm mit zinsverbilligten Darlehen.

Wir wollen auch die Erdwärme und die Geothermie fördern. Wir haben eine Studie vorliegen. Wir haben sie auch jahrelang eingefordert. Wir waren froh, als es diese Studie endlich gab. Herr Minister, es reicht aber nicht aus, nur eine Studie vorzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Eine Studie zur Geothermie ist uns zu wenig für den Klimaschutz; damit können wir den Klimawandel nicht abwenden. Wir wollen, dass diesbezüglich auch ein Programm für die Kommunen aufgelegt wird. Viele Kommunen wären nämlich gerne bereit, nach Erdwärme zu bohren. Wir wissen, dass dies immer noch mit sehr viel Risiko behaftet ist und mit ganz anderen Investitionen und mit ganz anderen Kosten verbunden ist als das Bohren nach Wasser. Wir wollen also, dass eine gewisse Risikoentlastung stattfindet und man bei der Nutzung der Erdwärme etwas vorankommt.

Eine weitere Forderung von uns ist die Förderung des Biomasseeinsatzes. Auch das ist komischerweise nicht Gegenstand der Vereinbarung im Klimabündnis. Das Bekenntnis der CSU-Fraktion liegt aber vor, Biomassewerke und den Biomasseeinsatz insgesamt in Bayern zu fördern. Ein Blick in die Haushaltspläne zeigt jedoch auch hier: keinerlei entsprechende Ansätze. Auch hier gibt es wieder nur Ankündigungen, nur leere Versprechungen, Versprechungen, die auch in diesem Bereich nicht eingehalten werden. Wir wollen nicht, dass die Ansätze für erneuerbare Energien und für nachwachsende Rohstoffe für die nächsten Jahre eingefroren werden. Auch diesbezüglich verweise ich auf unsere eingebrachten Haushaltsanträge, die das Ziel haben, diese Ansätze zu erhöhen, um im Interesse eines wirklichen Klimaschutzes in Bayern auf den richtigen Weg zu kommen und Fortschritte zu erreichen.

Wir wollen ein Marktanreizprogramm, das neben Biogas, das zur Strom- und Wärmegegewinnung dienen soll, ausdrücklich auch die Förderung von Holz beinhaltet

– Hackschnitzel, Pellets und biogene Treibstoffe. Das ist unsere Forderung. Wir wollen, dass dies nicht nur im Klimaschutzbündnis vereinbart wird, sondern auch endlich in die Tat umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nach wie vor keine landeseinheitlichen Regelungen. Das gilt für die Windenergie und für andere Bereiche bis hin zur Biomasse – man kann die gesamte Palette durchgehen. Es gibt keine landeseinheitlichen Regelungen. Es gibt enorme Verzerrungen. Oft ist es überhaupt nicht nachzuvollziehen, warum die eine Anlage genehmigt wird, die andere Anlage aber nicht. Auch diesbezüglich haben wir bereits eine Reihe von Anfragen auf den Weg gebracht. Wir wollen einheitliche landesweite Regelungen. Wir wollen, dass die unterschiedlichen Startbedingungen und Verzerrungen im Wettbewerb nicht mehr länger bestehen bleiben. Wir wollen den Investoren auch Planungssicherheit geben.

Wir haben also eine ganze Reihe von Punkten – ich habe gesagt, dass ich nicht alle ansprechen kann. Wir fordern Sie wirklich auf, nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln. Stellen Sie vor allem auch die entsprechenden Haushaltsmittel ein; dann gewinnen Sie auch wieder mehr Glaubwürdigkeit in der Energiepolitik. Sie haben sie eigentlich längst verloren und haben das Vertrauen in den Sand gesetzt. Ich fordere Sie auf, mit uns gemeinsam gegen den Klimawandel und für den Klimaschutz zu arbeiten. Setzen wir zumindest das Klimaschutzbündnis um. Wir sind gern dazu bereit. Wir warten auf Sie.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Meißner.

Christian Meißner (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mindestens einmal im Jahr, manchmal zweimal im Jahr – dann ist es immer die Fraktion der GRÜNEN und Frau Kollegin Paulig – müssen oder sollen wir dieses Thema diskutieren.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Meinen Sie etwa, das brauchen Sie sich nicht anzuhören? Das ist wenig genug! Tun Sie einmal wirklich etwas!)

Meistens, wie auch dieses Mal, ist der Auslöser eine Studie, die in der Tat ein bemerkenswertes Szenario entwirft. Ich habe den Verdacht: Wahrscheinlich war Kollegin Paulig oder waren die GRÜNEN insgesamt aufgeschreckt, weil der CSU-Generalsekretär das Thema aufgegriffen hat und Sie Angst haben,

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Susann Biedefeld (SPD): Wieder nur Worte!)

dass er in Ihrem Bereich wildert. Tatsache ist aber –

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Der schreckt uns nicht mehr auf! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Die Panik, die Sie verspüren, ist schon an Ihrer Reaktion festzustellen.

Richtig ist – Kollegin Paulig hat dies selbst erwähnt –: Der CO₂-Ausstoß, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist weltweit, nicht in Bayern, um 27 % gestiegen. Sie müssten sich darüber Gedanken machen, dass dies in Bayern nicht der Fall ist, sondern in Bayern das Gegenteil stattfindet. Das heißt: Die bayerische Klimapolitik zeigt Erfolge.

Wir haben uns Gedanken darüber gemacht, ob wir einen Gegenantrag stellen sollen. Wir haben darauf verzichtet, weil sich Ihre Anträge bei genauer Betrachtung ein gutes Stück entlarven. Es handelt sich um jeweils gebetsmühlenhaft wiederholte Neuauflagen bekannter Dinge. Sie wollen die Klimapolitik in Bayern und auch den Klimapakt, das Bündnis, das wir in Bayern Gott sei Dank haben, madig machen. Ich bin aber trotzdem der Meinung, auch wenn Ihnen dies immer wieder ein Anliegen ist, dass uns der Schlagabtausch, den wir fast rituell durchführen, nicht weiterbringt, weil Sie beide – die SPD hat nachgezogen – uns einen Bauchladen als Antrag verkaufen, der uns in der Klimapolitik nicht wirklich voranbringt.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Konkrete Vorschläge! Welche Vorschläge haben Sie denn?)

– Die werde ich Ihnen gleich aufzählen. Tatsache ist nämlich, dass wir eine Vielzahl an bayerischen Klimaschutzmaßnahmen haben. Ich könnte Sie Ihnen erschöpfend darstellen. Da Sie nachfragen, nenne ich Ihnen gern einige Schlaglichter.

Tatsache ist: Wir wollen bis 2010 auf 80 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr herunterkommen. Dieses Ziel ist realistisch. Tatsache ist, dass wir dieses Ziel 2003 mit 83 Millionen Tonnen schon fast erreicht haben. Ich weiß nicht, woher Kollegin Paulig die Zahlen hat. Wir hatten 1998 noch 7,4 Tonnen Kohlendioxid pro Kopf und Jahr; jetzt haben wir 6,6 Tonnen. Wir sind der Meinung, dass mit einer sinnvollen Politik eine weitere Reduktion möglich ist. Ich meine daher, dass wir auf einem guten Weg sind. Natürlich können Sie in Ihren Anträgen – ich komme noch auf einzelne Aspekte – noch so viel fordern. Letztlich verschließen Sie sich aber der Diskussion darüber, wie CO₂-Emissionen wirklich vermindert werden können. Ob Sie das nun gerne hören oder nicht: Letztendlich geht das mit Kernenergie. Durch Kernenergie werden allein bei uns Kohlendioxidemissionen von 15 Millionen Tonnen pro Jahr vermieden.

(Susann Biedefeld (SPD): Wie kann ein junger Mann nur so rückständig sein!)

– Aus ideologischen Gründen sind Sie nicht in der Lage, darauf einzugehen, womit wir CO₂ vermeiden können. Der Umfang Ihrer Anträge zeigt auch, dass Sie sich im Klein-Klein verlieren. Wenn ich sehe, dass der deutsche Bundesumweltminister auf der großen Umweltkonferenz ernsthaft sagt – das kann ich Ihnen nicht ersparen –, die Kernenergie sei nicht klimafreundlich, weil mit ihr nur Strom produziert wird, dann muss ich dazu sagen: Hierfür fehlt mir jedes Verständnis. Aus meiner Sicht hat er unser Land nach Kräften blamiert.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in Bayern seit 1990 eine halbe Milliarde Euro in erneuerbare Energien investiert, davon 200 Millionen Euro in Biomasse. Es stellt sich die Frage, warum Sie dies in Ihren Anträgen nicht ansprechen. Ich glaube, wenn Sie in andere Bundesländer blicken, müssten Sie die bayerische Klimaschutzpolitik loben; denn sie hat es verdient. So wie ich die Koalitionsverhandlungen verfolgt habe, war es doch der Freistaat Bayern, der sich bei Gebäudesanierungen für ein KfW-Programm stark gemacht hat – es handelt sich um eine Aufstockung auf eineinhalb Milliarden Euro. Ich sage: Das ist ein bayerischer Erfolg. Auch ihn könnten Sie honorieren. Das wäre fair und ehrlich.

Auch wenn Sie es gerne verschweigen, wissen Sie doch ganz genau, dass bei zahlreichen Gebäuden in Bayern, also Liegenschaften, auch gemeinsam mit dem Bund Naturschutz via Klimabündnis eine ganze Reihe von Maßnahmen durchgeführt wird. Ich erspare mir eine Darstellung im Detail. Ich frage Sie aber bei dieser Gelegenheit, Kollegin Biedefeld; denn Sie haben das ausdrücklich erwähnt:

(Susann Biedefeld (SPD): Ich nehme es zur Kenntnis!)

Wieso kritisieren Sie dieses Bündnis? Viele hier im Hause wissen, dass ich in meinem Leben wahrscheinlich nicht mehr Ehrenmitglied beim Bund Naturschutz werde. Eines steht aber fest: Wenn sich der Bund Naturschutz mit dem Freistaat Bayern gemeinsam ein Klimaschutzbündnis ausdenkt und es unterschreibt, kann es so schlecht nicht sein. Ich hätte auch nicht gedacht, dass ich einmal hier stehe und Professor Weiger gegen GRÜNE und SPD in Schutz nehmen muss. Herrn Professor Weiger sei in diesem Fall Lob gezollt, weil er sich für eine faire Klimapolitik und für ein gutes Bündnis in Bayern stark macht.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Biedefeld? – Frau Kollegin, bitte.

Susann Biedefeld (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Kollege Meißner, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir nicht das Klimaschutzbündnis an sich kritisieren, also das Bündnis mit Staatsregierung und Bund Naturschutz, sondern die mangelnde Umsetzung, das Nur-Reden und Nicht-Handeln?

Christian Meißner (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Ich bin gern bereit, es zur Kenntnis zu nehmen, halte aber fest, dass ich in jeder Sitzung des Umweltausschusses und auch im Plenum bei Ihnen immer ein gewisses Unwohlsein wegen dieser Situation verspüre.

Ich komme auf die bayerische Situation zurück. Tatsache ist, der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch liegt bei uns bei 7 % und ist damit mehr als doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Mehr als die Hälfte des Stroms aus der Wasserkraft in Deutschland kommt aus Bayern. Die Hälfte des in Deutschland erzeugten Solarstroms kommt aus Bayern. Ein Drittel der Sonnenkollektoren und Wärmepumpen Deutschlands ist

in Bayern installiert. Außerdem gibt es noch Dutzende Projekte zur Geothermie.

Hinsichtlich der staatlichen Liegenschaften kann man sich über die Zahlen streiten. Es wird jedoch sukzessive saniert. Ich bin sicher, dass dieser Weg konsequent fortgesetzt wird. Sie haben die Zahl der Liegenschaften genannt und dann eine Prozentrechnung aufgemacht. Dazu muss ich sagen: Nicht alles, was für den Klimaschutz wünschenswert wäre, ist auch finanzierbar.

Wir haben keinen eigenen Antrag eingebracht; deshalb möchte ich jetzt auf Ihre Überlegungen eingehen. Zunächst zum SPD-Antrag: Die SPD fordert in zwei Punkten eine jährliche Berichtspflicht. Damit beschäftigen Sie den Umweltausschuss und die Beamten im Ministerium. Hier wäre eine gezielte Nachfrage sinnvoller. Ich bin fest davon überzeugt, dass es richtiger wäre, auf diese ständigen Berichtspflichten zu verzichten, da sie in den Ministerien nur Kreativität abziehen. Sehen Sie sich einmal an, wie viele Berichtspflichten wir haben und wie stark unsere Spitzenbeamten damit beschäftigt sind. Sie würden mir dann vielleicht sogar recht geben.

(Beifall bei der CSU)

Dann ist wieder von dem Pakt, den wir geschlossen haben, die Rede. Wenn die Teilnehmer fest zu etwas verpflichtet werden, widerspricht dies dem Paktcharakter der Freiwilligkeit.

(Susann Biedefeld (SPD): Genau! Und dann passiert nichts!)

Wir weisen deswegen diese Forderung der SPD zurück. Für die SPD spielt Geld offensichtlich keine Rolle. Sie fordert die Verdoppelung der Blockheizkraftwerke; egal wie viel es kostet. Ein Geothermiefonds muss aufgelegt werden, egal wo das Geld herkommt.

(Susann Biedefeld (SPD): Das gilt doch auch für ein finnisches Atomkraftwerk!)

Sie fordern ein Programm für Energieagenturen und Energieprojektmanager, egal was es kostet. Außerdem brauchen Sie noch ein Feinstaubprogramm; Sie müssen es schließlich nicht bezahlen, sondern es nur fordern. Ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei. Wir werden das ablehnen.

Besonders interessant finde ich, dass Sie dann den Abbau bürokratischer Hemmnisse bei der Wind- und der Solarenergie fordern. Das fordert diese Opposition, die bei anderen ungeliebten Projekten die Verfahrensmöglichkeiten bis ins Letzte ausschöpft. Ich bitte Sie, bei Anträgen nicht einfach von bürokratischen Hemmnissen zu sprechen. Sie haben im Rahmen einer Gesetzesinitiative das Recht zu sagen, welches bürokratische Hemmnis Sie stört. Stellen Sie einen entsprechenden Änderungsantrag, dann werden wir darüber reden.

(Susann Biedefeld (SPD): Wir haben doch Anträge gestellt! Die sind gelaufen!)

Bei der Raumordnung und der Planfeststellung wird das eine oder andere erleichtert. Ich sage Ihnen heute schon: Meine Stimme haben Sie. Die Erleichterungen müssen aber für alle Energien gelten, nicht nur für die Windkraft.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein Schankerl für die Kollegen: Am Ende des SPD-Antrags sollen wir zustimmen, dass sich die Staatsregierung bei den Herstellern von Elektrogeräten dafür einsetzt, die ärgerliche Standby-Funktion abzuschaffen. Ich wünsche der Staatsregierung dabei viel Vergnügen.

Die GRÜNEN gehen in ihrem Dringlichkeitsantrag insgesamt noch einen Schritt weiter. Deren Antrag ist besonders interessant. Darin geht es um die Windkraft. Ich kann verstehen, dass Sie aus bestimmten Gründen mehr Windräder fordern. Nehmen Sie aber bitte zur Kenntnis, dass es neben dem klimafreundlichen Aspekt der Windenergie den Aspekt der Erhaltung des Heimat- und Landschaftsbildes gibt. Dieser Aspekt ist vielen Menschen wichtiger. Deshalb werden wir Ihnen in diesem Punkt nicht folgen.

(Beifall bei der CSU)

Sie wollen die Häuslebauer mit Einrichtungen wie Solarzellen „zwangsbeglücken“. Wir halten es in der heutigen Zeit, wo es für viele Menschen finanziell schwieriger wird, für problematisch, immer weitere Zusätze und Pflichten einzuführen, auch wenn damit der Klimaschutz verbessert würde.

Ich bitte die Kollegen, den Antrag einmal zu lesen und sich Folgendes vorzustellen: Sie wollen Einkaufszentren auf der grünen Wiese aus Klimaschutzaspekten verhindern. Hier lassen Sie sozusagen den Knüppel aus dem Sack. Sie fordern eine strenge Bedarfsprüfung bei der Ausweisung von Gewerbegebieten ganz allgemein und zum Schluss ein Tempolimit auf Autobahnen. Glauben Sie wirklich, dass diese Maßnahmen helfen, das globale Problem der Klimaänderung zu lösen?

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Ja! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Natürlich!)

Sie äußern in Ihrem Antrag – vorgeblich aus Gründen des Klimaschutzes –, dass es in Erding keine dritte Landebahn geben dürfe und – weil das nie fehlen darf – Sie erwähnen den Transrapid. Ich bin überzeugt, Sie setzen sich zusammen und überlegen, was in einem solchen Antrag noch nicht drinsteht. Ihr Antrag ist daher nicht hilfreich, weil Sie damit nur Ihr Klientel bedienen wollen. Sie fordern die Verwendung von Mitteln für den Straßenbau für Radwege. Natürlich sollten wir darüber nachdenken, Dienst- und Behördenfahrzeuge mittel- und langfristig auf neue Technologien umzurüsten, sobald diese ausgereift sind. Sie haben bis vor Kurzem den Bundesumweltminister gestellt, dem nachgewiesen wurde, dass sein eigener Dienstwagen nicht einmal über einen Rußpartikelfilter verfügte. Fordern Sie nicht in Bayern, was Sie selber nicht umsetzen.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das stimmt ja gar nicht!)

– Dann habe ich offenbar das falsche Fernsehen angeschaut. Vielleicht habe ich schon Wahnvorstellungen.

Zum Schluss noch der Höhepunkt: Frau Kollegin Paulig hat offenbar absichtlich nicht erwähnt, dass im Antrag der GRÜNEN als Beitrag zum Klimaschutz die Einführung von Dienstfahrrädern gefordert wird. Ich habe dazu folgende Überlegung: Das Problem besteht nicht darin, dass es in Bayern zu wenige Beamte gäbe, die mit dem Dienstfahrrad unterwegs wären. Das Problem besteht vielmehr darin, dass in China viele Leute vom Fahrrad auf das Auto umsteigen. Um den GRÜNEN entgegenzukommen, könnten wir die Staatsregierung auffordern, die in China überzähligen Fahrräder zu importieren und unseren Beamten zur Verfügung zu stellen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU)

Ein Vorschlag zur Güte: Die GRÜNEN sollten beim Klimaschutz wirklich ernst machen und mit uns gemeinsam einer Verlängerung der Laufzeiten für die Kernkraftwerke zustimmen. In diesem Fall werden wir mit Ihnen über Dienstfahrräder sprechen. Andernfalls werden wir beide Anträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist so neben der Kapsel! Das ist unter Niveau!)

Präsident Alois Glück: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Kollege Meißner, ich denke, dieses Thema eignet sich nicht für Faschingsscherze. Sie müssen eines begreifen: Den Klimaschutz können wir nur umsetzen, wenn wir auf eine Vielfalt von Handlungsmaßnahmen setzen. Sie wären gut beraten – wenn Sie einen Funken Kreativität hätten –, wenn Sie Maßnahmen für Klimaschutz und eine Verringerung der CO₂-Emissionen einführen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich kurz vier Punkte ansprechen:

Erstens. Wir setzen auf das Handeln und nicht auf Bündnisse und Pakte. Deshalb bin ich auf das Klimabündnis, das das Papier nicht wert ist, auf dem es steht, nicht weiter eingegangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehen wir uns einmal Ihren Umweltpakt an: Eines der ersten umweltverschmutzenden Unternehmen war die SKW Münchsmünster, die PCB freigesetzt hat. Sehen wir uns jetzt einmal die Freisetzungen an perfluorierten Tensiden – PFT – in der bayerischen Alz an. Dort gibt es Werte, die wir in ganz Deutschland nicht haben. Diese Werte in der Alz stammen aus den Chemiewerken in Gendorf. Diese Gifte wurden durch einen Betrieb des Umweltpaktes freigesetzt. So viel zu Ihren Pakten. Sie sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Handeln Sie in Ihrem Verantwortungsbereich. Das wäre notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Wenn das Umweltministerium oder das Wirtschaftsministerium dafür eintritt, die Verursacherbilanz bei den CO₂-Emissionen aus den bundesweiten Bilanzen herauszunehmen, würde ich mir wünschen, dass Sie sich dagegen aussprechen. Wir brauchen die Bilanzen, weil wir wissen müssen, wie es in Bayern aussieht. Vor circa drei Wochen wurden die bayerischen Werte in dem Länderarbeitskreis aus der Energiebilanz herausgenommen. Setzen Sie sich endlich dafür ein, dass diese Zahlen wieder hineinkommen, und zwar die Entwicklung seit 1990, und legen Sie endlich die aktuellen Daten vor. Wir betreiben keinen Klimaschutz, wenn wir die Daten über die CO₂-Emissionen unterdrücken.

Drittens. Sorgen Sie außerdem dafür, dass die Quellenbilanzen für die Jahre 2004 und 2005 endlich ins Netz kommen. Die Geschäftsberichte der Unternehmen liegen doch auch vor. Sie sollten deshalb auch die Primärbilanzen endlich ins Netz stellen.

Viertens. Jetzt noch zur Atomenergie: Ich darf Sie daran erinnern, dass die Evangelische Kirche in Deutschland ihre Synode mit dem klaren und weitgreifenden Appell beendet hat, die Nutzung der Atomenergie nicht zu verlängern.

Sie hat beschlossen, am Ausstieg festzuhalten und sich auch nicht an der Finanzierung externer AKWs in Europa oder sonst wo zu beteiligen. Das ist ein ganz klares Wort der EKD-Synode.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bitte Sie: Halten Sie sich als christliche Partei endlich einmal daran.

Noch eines: Hier sei ein Hinweis auf die externe Finanzierung des finnischen AKWs erlaubt. Das finnische AKW wird gebaut – Frau Biedefeld hat es angesprochen –, der Bau verzögert sich seit über einem Jahr, weil man technisch nicht zu Rande kommt. Das AKW wird mit öffentlichen Geldern finanziert. Seit 50 Jahren haben wir AKWs und es gibt immer noch keine Markteinführung, sondern Sie müssen AKWs mit öffentlichen Geldern subventionieren. Bei der Solarenergie sagen Sie, die Umlage beim EEG müsse gestrichen werden; es handle sich um Steuerverschwendung. Atomkraftwerke aber werden weltweit mit öffentlichen Subventionen gebaut. Bei diesem finnischen AKW tritt das ganz eklatant zu Tage. Es werden mit bayerischen Geldern Kreditkonditionen eingeräumt, bei denen sich jeder Mittelständler nur die Finger abschlecken könnte, wenn er solche bekäme. Siemens aber und Areva wird der Kredit für das finnische AKW nachgeschmissen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bauverzögerung, Baumängel und Bauschlampereien – wir werden noch darauf kommen. Während dieses eine Atomkraftwerk gebaut wird – irgendwann wird es einmal fertig werden –, werden ungefähr 15 Atomkraftwerke in Europa stillgelegt. So schaut es mit ihrer Renaissance aus.

Noch ein Letztes – zur Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke oder dem Bau neuer –: Atomkraftwerke dürfen nach dem Atomausstiegsgesetz mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 32 Jahren in Betrieb sein. Würden Sie einem LKW oder einem Flugzeug, der oder das bereits 32 Jahre in Betrieb war, eine weitere Betriebszeit von 10 oder 20 Jahren zumuten wollen? Das ist unverantwortlich, und bei einem Atomreaktor besonders unverantwortlich. Das aber ist Ihre Position. Wenn Sie vor dem Hintergrund dieses Risikos Klimaschutz betreiben wollen, dann sollten Sie besser Ihre Verantwortung abgeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Dr. Schnappauf.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten Tagen sind alle Klimaprognosen nach oben korrigiert worden, sowohl durch das „Intergovernmental Panel on Climate Change“ als auch durch nationale Institute wie das Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg sowie durch den Bericht von Sir Nicolas Stern, dem ehemaligen Chefökonom der Weltbank. In diesem Bericht ist die volkswirtschaftliche Dimension in einem Maße vor Augen geführt worden, wie das bislang noch nicht der Fall gewesen ist.

Wir alle müssen die Klimaerwärmung als die zentrale umweltpolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts begreifen, und wir alle müssen sehen, dass die Herausforderungen weit über umweltpolitische Aspekte hinausgehen und zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe werden.

Deshalb werden die Anträge der Opposition der Thematik nicht gerecht. Ich kann nicht ein Thema, das das Megathema im Umweltbereich, vielleicht sogar das Megathema in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts schlechthin ist, mit zwei Dringlichkeitsanträgen, die am Mittwoch und Donnerstag eingereicht worden sind und bei denen gefordert wird, am Freitag sollen 24 Punkte beschlossen werden, abhandeln.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Frau Biedefeld, Frau Paulig, mit diesen Anträgen haben Sie sich sauber blamiert, weil Sie damit zeigen, dass es Ihnen nicht um die Dimension und Ernsthaftigkeit des Themas geht. Sie wollen einen kurzfristigen politischen Erfolg.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Lenken Sie nicht von Ihrer Untätigkeit ab!)

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Paulig?

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Im Moment nicht, Herr Präsident. Gerne später, aber ich möchte zunächst einmal, nachdem Frau Paulig

nun zweimal gesprochen hat, einiges im Kontext darlegen.

Durch ihre Art, auch die Art des Redens heute an diesem Pult, wird eines in Ihren Aussagen überhaupt nicht deutlich – es betrifft vor allem Frau Paulig und Frau Biedefeld –: Die umweltpolitische Herausforderung durch die Aufheizung der Atmosphäre ist zwischenzeitlich eine weltweite Herausforderung, die uns alle betrifft, und zwar in Bayern genauso wie in allen anderen Teilen der Welt. Sie erwecken den Eindruck, als ob allein mit einem innerbayerischen Konzept dieser Herausforderung zu begegnen wäre. Allein während Sie hier heiße Luft verbreitet haben, sind in China Millionen von Tonnen Kohlendioxid emittiert worden. Es ist unglaublich, welche Herausforderung dieses Thema mittlerweile weltweit darstellt.

Wir haben jetzt die Konferenz in Nairobi vorbereitet. Ich werde am Montag zusammen mit dem Bundesumweltminister Teil der deutschen Delegation in Nairobi sein. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass nach neuesten Zahlen zwischenzeitlich 4,7 Milliarden Tonnen Kohlendioxid allein in China emittiert werden, in den USA über 5,7 Milliarden Tonnen CO₂ jährlich. Wir haben in Bayern heute eine Gesamtemission bei CO₂ von weit weniger als 90 Millionen Tonnen, Ziel sind 80 Millionen Tonnen. Daran mag man die Relation erkennen.

Wir müssen die klimatischen Veränderungen ernst nehmen. Wir müssen als Freistaat Bayern, als Bundesrepublik Deutschland und als Europäische Union mit gutem Beispiel vorangehen.

(Susann Biedefeld (SPD): Global denken, lokal handeln!)

– Global denken, lokal handeln – darin sind wir sofort d'accord. Sie versuchen aber, einen vordergründigen Showeffekt zu erzielen. Frau Biedefeld, Sie haben am Donnerstag einen Dringlichkeitsantrag zu dem Thema eingereicht und fordern, am Freitag über 14 Punkte zu beschließen. Sie ziehen Ihre alten Kamellen hervor und bringen sie unter dem Aspekt des Klimaschutzes erneut in die Debatte ein. Das ist unfair und wird dem Thema nicht gerecht.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt zur Sache: Bayern gehört heute zu den klimafreundlichsten Ländern in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt. Wir sind gut, aber – ich sage das im gleichen Atemzug – wir müssen besser werden. Nach den neuesten Zahlen hat Bayern heute eine Pro-Kopf-Emission von 6,8 Tonnen pro Jahr, der Bundesdurchschnitt liegt nach den neuesten Zahlen bei 10,3 Tonnen pro Kopf und Jahr. Zum Vergleich: Die Vereinigten Staaten von Amerika liegen bei über 20 Tonnen pro Kopf und Jahr. China hat als ein Land mit 1,3 Milliarden Menschen in den letzten Jahren eine enorme Entwicklung vollzogen – darauf muss man deutlich hinweisen –; allein in unserer Partnerregion Shandong wächst die Wirtschaft seit 20 Jahren jährlich um 10 %, sie braucht dafür aber jährlich 20 % mehr Energie – Energie, für die hauptsächlich schmutzige Kohle zur Stromerzeugung verwendet wird. Das bedeu-

tet, dass die CO₂-Emissionen in den Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien explodieren. Wir werden die Klimaproblematik nicht in den Griff bekommen, wenn nicht die USA sowie die Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien und andere endlich mitmachen. Das ist ein weltweiter Auftrag.

Ich bin sehr wohl bereit, dass wir unser bayerisches Klimaschutzprogramm, das wir im Jahre 2000 aufgelegt und im Jahre 2003 fortgeschrieben haben, auch weiter fortschreiben. Die Vorarbeiten laufen seit Monaten. Ich will deutlich machen, dass wir im ersten Halbjahr 2007 das Klimaschutzprogramm des Freistaats Bayern fortzuschreiben und dabei ehrgeizige und konkrete Ziele setzen, die auch mit einem klaren Monitoring und einer Evaluierung versehen werden. Sie verwechseln, Frau Biedefeld, immer das Klimaschutzprogramm der Bayerischen Staatsregierung mit dem Klimabündnis und der Klimaallianz. Beim Klimaschutzprogramm haben wir uns konkrete Ziele gesetzt und forcieren konkrete Maßnahmen. Ein anderes Ziel verfolgt das von uns eingegangene Klimabündnis mit dem Umweltverband, das wir jetzt erweitern werden; im Januar 2007 werden wir mit den Kirchen in unserem Lande eine Vereinbarung schließen, damit wir durch das Einbeziehen unserer Bürgerinnen und Bürger die Problematik als gesamtgesellschaftliche Herausforderung bewusst machen. Es geht alle an, es geht jeden einzelnen Bürger an, und es geht genauso die Wirtschaft an. Deshalb haben wir mit der Wirtschaft eine Klimaallianz geschlossen.

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin Paulig fragt erneut an, ob sie eine Zwischenfrage stellen darf.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Ich denke, Herr Präsident, wir sollten der Kollegin jetzt die Zwischenfrage erlauben.

Ruth Paulig (GRÜNE): Wenn Sie von der CSU-Fraktion keinen Antrag vorlegen können und wollen und nur auf externe große Emittenten verweisen, dann frage ich Sie: Sind Sie wenigstens bereit, künftig wieder die CO₂-Emissionswerte von Bayern in die Verursacherbilanzen der Länder im Bund einzustellen?

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister!

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die Wahrheit ist gefordert!)

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Frau Kollegin, wir haben die Quellen – und wir haben die Verursacherbilanz. Für jeden, der beide Bilanzen liest, ist die Vergleichbarkeit erkennbar. Wir gehen davon aus, dass in unseren Bilanzen das, was wir im Freistaat Bayern an CO₂-Emission verursachen, also das, was an Emissionsquellen in Bayern vorhanden ist, die maßgebliche Größe ist. Alle anderen Länder bilanzieren in gleicher Weise – ich kann Ihnen die Bilanz für die anderen Bundesländer gern vortragen, wenn Sie es wünschen –, sodass die Vergleichbarkeit der Daten jederzeit gegeben ist.

Bayern liegt im deutschlandweiten Vergleich in der absoluten Spitzengruppe. Unter den alten Bundesländern gibt

es nicht einmal eine Handvoll, die die Ergebnisse Bayerns erreichen. Wenn Sie nun hier immer wieder sagen, Bayern tue zu wenig, dann müssen Sie auch bedenken, dass das Thema Klima so umfassend ist, dass man im Grunde nicht genug tun kann. Auch wir müssen angesichts der jüngsten Klimaprognosen unsere Anstrengungen weiter verstärken; denn die Klimaerwärmung galoppiert schneller und intensiver, als das noch vor Jahren von der Wissenschaft prognostiziert wurde. Das, was bisher erreicht worden ist, kann sich allerdings mehr als sehen lassen.

Ich hatte vorhin aufgezeigt, dass in China 10 % Wirtschaftswachstum mit 20 % Wachstum im Energieverbrauch erzielt werden. Unser Wirtschaftswachstum in Bayern mit über 2 % braucht nur noch 1 bis 1,2 % mehr Energie. Wir haben es also geschafft, die Entwicklung zu wirtschaftlichem Wohlstand von immer mehr Energieverbrauch und immer mehr Klimabelastung zu entkoppeln.

(Susann Biedefeld (SPD): Schaumschlägerei!)

Auch unsere Leistungen bezüglich der Landesmittel können sich mehr als sehen lassen. Wir haben allein zur Förderung erneuerbarer Energien und energieeffizienter Maßnahmen in der Zeit von 1990 bis 2004 über 500 Millionen Euro investiert. Davon haben wir allein in die Förderung der Biomasse 171 Millionen Landesmittel gegeben. Die energetische Gebäudesanierung ist von uns zum Topschwerpunkt gemacht worden.

(Susann Biedefeld (SPD): Dafür ist doch gar nichts im Haushalt drin!)

Frau Paulig, da Sie vorhin so großartig über das gesprochen haben, was von Ihrer Seite getan werde, muss ich einmal daran erinnern, dass in Ihrer siebenjährigen Regierungsverantwortung von Rot-Grün in Berlin gerade einmal 300 Millionen Euro pro Jahr in das Programm für energetische Gebäudesanierung eingestellt wurden. Sie haben sich weitgehend in der Frage erschöpft, wie allüberall die Windkraft in Deutschland implementiert werden könnte.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist doch gar nicht wahr!)

Sie haben einen Schwerpunkt gesetzt, der unter Klimagesichtspunkten nicht der Schwerpunkt ist, um den eingesetzten Euro mit der höchsten Klimarelevanz zu versehen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist ja wohl das Letzte!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben wissenschaftsbasiert durch die Technische Universität München prüfen lassen, wo man mit einem Euro am meisten für den Klimaschutz erreichen kann. Die Antwort ist ganz klar: Wenn man die Millionen alter vorhandener Immobilien besser isolierte, wenn man neue Fenster, neue Heizungen und neue Türen einbaute und die Dächer neu dämmte, dann könnte man das, was man an Gebäudeenergie zum Fenster hinausheizt, reduzieren und damit den Energieverbrauch verringern und den Klimaschutz verbessern.

Deshalb wurde bei den Koalitionsverhandlungen zur Bildung der neuen Bundesregierung ein Schwerpunkt auf die energetische Gebäudesanierung gesetzt. Dieses Programm wurde auf 1,4 Milliarden Euro pro Jahr erweitert. Heute ist dieses Programm überzeichnet; es gibt Wartefristen; es ist ein echter Renner zugunsten des Klimaschutzes geworden sowie eine Win-Win-Situation für unser heimisches Handwerk.

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Biedefeld?

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Natürlich, das macht doch Spaß!

Susann Biedefeld (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Minister, würden Sie dem Hohen Hause bitte mitteilen, wie die Haushaltsansätze im vorliegenden Entwurf 2007/2008 für die energetische Sanierung unserer eigenen Liegenschaften in Bayern konkret aussehen?

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Herr Präsident, liebe Frau Kollegin Biedefeld, wir haben die energetische Gebäudesanierung zu dem Schwerpunkt in Deutschland überhaupt gemacht.

(Susann Biedefeld (SPD): Bitte konkrete Zahlen!
– Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wie viel?)

Ich selbst war bei den Koalitionsverhandlungen dabei; dort haben wir in das Bundesprogramm, das wir natürlich als eines von 16 Bundesländern ebenso wie alle anderen Bundesländer und alle anderen Antragsberechtigten in Anspruch nehmen, 1,4 Milliarden Euro jährlich eingestellt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Und in unserem Haushalt? – Karin Radermacher (SPD): Wir wollen die Zahlen hier von Bayern wissen!)

Zusätzlich haben wir in Bayern in die energetische Sanierung der eigenen Gebäude in den letzten Jahren außerordentlich große Investitionen getätigt.

(Susann Biedefeld (SPD): Null Ansatz in 2006 und 2007!)

Ich darf Ihnen die Zahlen vortragen. Wir haben in die staatlichen Liegenschaften über 150 solarthermische Anlagen eingebaut, über 160 Photovoltaikanlagen, über 80 Biomasseanlagen und über 17 Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen. Wir haben zu diesem Zweck umfangreiche Untersuchungen der eigenen Liegenschaften durchgeführt. Bei allen 6000 energierelevanten staatlichen Liegenschaften werden regelmäßig ihre Verbrauchszahlen überprüft; es sind Verbesserungsvorschläge gemacht und über 90 Millionen Euro zwischenzeitlich in die Sanierung investiert worden.

(Susann Biedefeld (SPD): Nichts davon im Haushalt!)

Das Ganze geht fortlaufend weiter; in allen Haushalten,

auch im Haushalt des Umweltministeriums, sind für unsere Liegenschaften entsprechende Investitionen vorgesehen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wie viel?)

Ich kann und will jetzt

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

aus Zeitgründen die Haushaltsdaten im Einzelnen jetzt nicht referieren.

(Zuruf von der SPD: Weil im Haushalt nichts drinsteht!)

Es ist aber auch für das Klimaschutzprogramm eine weitere Million vorgesehen. Es ist mein Ziel, auch für die kommunalen Liegenschaften das CO₂-Minderungsprogramm fortzuführen, um auf diese Art und Weise insgesamt einen Anreiz zu geben. Das staatliche Klimaschutzprogramm 2000/2003 wird 2007 fortgeschrieben.

(Susann Biedefeld (SPD): Da ist nichts drin!)

Die bayerische Klima-Allianz wird erweitert, und für Januar 2007 ist die Unterzeichnung mit den Kirchen vorgesehen.

Ich kann Sie nur auffordern, wenn wir die Klimadebatte in diesem Hohen Haus demnächst konkret weiterführen, sich den Herausforderungen entsprechend an dieser Thematik so zu beteiligen,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das machen wir schon seit 20 Jahren!)

dass wir unsere führende Rolle weiter ausbauen können. Bayern gehört heute zu der Handvoll der klimafreundlichsten Länder in Deutschland und in ganz Europa.

(Unruhe)

Wir haben gezeigt, dass es möglich ist, wirtschaftlichen Wohlstand und Klimaverträglichkeit immer besser miteinander zu verbinden. Aber wir müssen die Anstrengungen forcieren, weil die Klimaerwärmung ihrerseits schneller und intensiver voranschreitet, als es noch vor Jahren erwartet worden war.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Viel reden und nichts tun, Herr Minister!)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte ich Sie alle, der Dimension des Themas entsprechend eine sachliche und ernsthafte Anstrengung zu unternehmen, um den Klimaschutz weiter zu intensivieren, und nicht mit vordergründigen Dringlichkeitsanträgen hier kurzfristige Showeffekte erzielen zu wollen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/6691, das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/6760, das ist der Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf

Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Prof. Ursula Männle u. a. u. Frakt. (CSU) Chancen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auch für Bayern nutzen (Drs. 15/6692)

Ich eröffne die Aussprache und darf als erstem Redner Herrn Kollegen Zeller das Wort erteilen.

Alfons Zeller (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Zum 1. Januar 2007 übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Diese Präsidentschaft fällt ohne Zweifel in eine sehr schwierige Phase. In einer Reihe von Mitgliedstaaten stößt die Europapolitik immer mehr auf eine nicht unerhebliche Skepsis. Auch der Prozess zur Schaffung einer europäischen Verfassung ist nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden ins Stocken geraten. Gerade vor dem Hintergrund dieser Akzeptanz- und Vertrauenskrise ist die Ratspräsidentschaft eine ganz besondere Herausforderung, aber auch eine ganz besondere Chance für Deutschland. Nachdem früher vor allem Frankreich und Deutschland der treibende Motor Europas waren, sehe ich eine Chance, dass Deutschland mit seiner Ratspräsidentschaft wieder einiges auf den richtigen Weg bringen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage eingangs aber auch gleich, dass wir nicht Übermäßiges erwarten dürfen. Die Ratspräsidentschaft dauert ein halbes Jahr. Was kann ein Land – auch Deutschland als eines der größten Länder innerhalb der Europäischen Union – in dieser Zeit überhaupt bewerkstelligen? Wir sollten jedenfalls nicht nachlassen, gerade von Bayern aus auf die Bundesregierung einzuwirken, dass sie die Europäische Ratspräsidentschaft dazu nutzt, Europa so nach vorne zu bringen, dass auch wir in Bayern einen Nutzen davon haben.

Was heißt das im Einzelnen, Erstens geht es um das alte Thema, welches unsere Bürgerinnen und Bürger immer wieder belastet, um den Bürokratieabbau und die Subsidiarität. Wir müssen alles daransetzen, dass die europäische Idee befördert wird, aber nicht im Sinne einer

Gleichmacherei. Das bestehende Gemeinschaftsrecht soll zwar zu einer Entlastung der Bürger, der Unternehmen und der Verwaltung führen, die historischen und die kulturellen Eigenschaften der Länder sollen aber beibehalten werden. Die Modernisierung des Gemeinschaftsrechts muss dazu führen, dass die Verfahren vor allem für die kleineren und mittleren Betriebe und Unternehmen erleichtert werden. Ich darf ein Beispiel herausgreifen. Gerade beim Bodenschutz sprechen die großen regionalen Unterschiede in Europa klar gegen eine spezielle Bodenschutzrichtlinie. Bei der Bildung liegt die Verantwortung der Mitgliedstaaten darin, dass die Lehrinhalte und das Bildungssystem so gestaltet werden, dass damit die Vielfalt der Kulturen und der Sprachen gewürdigt werden. Eine Gleichmacherei ist hier strikt abzulehnen. Dort, wo die EU nicht zuständig ist, darf sie sich auch nicht über Umwege einmischen.

Ein zweites Thema ist die Erweiterungspolitik. Wir sind der Meinung, dass es für einen Beitritt nicht ausreicht, dass die Beitrittsstaaten die Kriterien erfüllen. Wir meinen, dass die Europäische Union auch prüfen muss, ob sie in der Lage ist, neue Mitglieder aufzunehmen und zu verkraften, und zwar sowohl in finanzieller als auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht. Der EU-Beitritt darf kein Automatismus sein und werden.

Ich sage es hier mit aller Deutlichkeit: Wir lehnen eine Mitgliedschaft der Türkei eindeutig ab.

(Beifall bei der CSU)

Geografisch betrachtet ist die Türkei in weitesten Teilen nicht Europa. Ich bin ein absoluter Freund der Türkei. Ich war mehrmals dort und habe viele Gespräche geführt. Ich habe in der Türkei auch Freunde gefunden. Andererseits sage ich auch, die Türkei passt nicht zur Europäischen Union. Ich hoffe, dass sich mit der deutschen Ratspräsidentschaft dieser Gedanke in Europa etwas mehr festigt. Die Alternative, die hier schon mehrfach behandelt worden ist, ist eine privilegierte Partnerschaft. Wir brauchen eine gute Nachbarschaft zur Türkei. Die Türkei hat in der Nato riesige Leistungen erbracht. Das heißt aber nicht, dass die Türkei damit automatisch zur Europäischen Union gehört.

Ein drittes Thema ist der Welthandel. Die Europäische Union ist im Rahmen der globalisierten Welt ein so starker Partner geworden, dass sie auch bei der Doha-Runde ein gewichtiges Wort einbringen sollte. Dabei soll auch den Entwicklungsstaaten eine Chance gegeben werden. Das Wort Europas sollte hier noch stärker als in der Vergangenheit zur Geltung kommen. Gerade bei diesen Themen könnte die deutsche Ratspräsidentschaft Anstöße geben. Insbesondere könnte sie auch zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für industrielle Kooperationen und für den Technologietransfer innerhalb Europas beitragen.

Ein viertes Thema – wir haben es heute bei der Debatte über die Umweltpolitik schon kurz angerissen – ist die Energiepolitik. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Rohstoffe, die die Grundlage unserer Energie sind, weitestgehend nicht in Europa sind. Von uns sollte klipp und klar vorgegeben werden, dass eine Debatte

über die Vor- und Nachteile aller Energiequellen, die wir in Europa und auch in Deutschland haben, geführt wird. Die Entscheidung über den nationalen Energieträgermix muss den Mitgliedstaaten vorbehalten bleiben. Auch dazu brauchen wir eine ganz klare Vorgabe.

Ein fünftes Thema ist der Klimaschutz. Dieses Thema hat uns allen in den letzten Wochen und Monaten weltweit die Augen geöffnet. Ein Land wie China hat einen riesigen Nachholbedarf. Ein Volk mit mehr als einer Milliarde Menschen, das heute nur einen Bruchteil dessen an Energie verbraucht, was wir im Westen verbrauchen, wird natürlich nicht müde, nachzuholen und seine Wirtschaftskraft zu stärken. In Amerika beträgt der Energieverbrauch pro Einwohner 12 Tonnen Steinkohleeinheiten, während er in Deutschland sechs Tonnen beträgt. Die Chinesen verbrauchen derzeit noch 0,4 bis 0,5 Tonnen, die Inder etwa genauso viel. Daran sehen wir, welche riesigen Belastungen auf uns zukommen werden. Hier könnten wir sowohl mit der Ratspräsidentschaft als auch mit dem Vorsitz innerhalb der G-8-Länder von Deutschland aus Vorgaben machen, damit der Kyoto-Prozess über das Jahr 2012 hinaus positiv weiterentwickelt werden kann.

Das sechste Thema, die EU-Finanzpolitik brauche ich nicht so sehr zu vertiefen. Gerade Deutschland, das bei der Einführung des Euro und der Schaffung des Stabilitätspakts innerhalb Europas ganz entscheidend mitgewirkt hat, hat über vier Jahre hinweg die Stabilitätskriterien nicht unerheblich verletzt, sodass die Welt und Europa auf uns geschaut und gefragt haben, was mit Deutschland eigentlich los ist, nachdem gerade wir die Stabilität des Euros formuliert haben. Hier sind wir gerade auf einem guten Weg, und wir sollten von Deutschland aus alles daransetzen, dass die Kriterien des europäischen Stabilitätspakts eingehalten werden und dass die europäischen Länder, die noch nicht den Euro haben, die Konvergenzkriterien von Maastricht absolut zu erfüllen haben. Darüber darf es keine Diskussion geben. Wenn die Länder diese Voraussetzungen erfüllen, ist es in Ordnung, wenn sie die Voraussetzungen aber nicht erfüllen, haben sie im Euro-Land nichts zu suchen, um es so deutlich zu formulieren.

Siebtens geht es um die Beschäftigungs- und die Sozialpolitik. Die europäische Sozialpolitik muss die Mitgliedstaaten darin unterstützen, dass die Kräfte des Einzelnen gestärkt und die Menschen zu Individualität, Eigenverantwortung und Eigeninitiative befähigt werden. Das macht eigentlich erst Europa aus.

Beim achten Thema, der Justiz- und Innenpolitik, müssen wir vermehrt darauf schauen, dass wir die grenzüberschreitende Kriminalität in den Griff bekommen. Wir brauchen eine noch bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit, ohne dass dabei zu stark in die nationalen Eigenständigkeiten eingegriffen wird.

Zur Agrarpolitik: Im Zug der 2003 beschlossenen EU-Agrarreform wurden die Direktzahlungen ab 2005 an die Einhaltung des landwirtschaftlichen Fachrechts gebunden. Damit wurde die so genannte Cross Compliance eingeführt. – Lieber Sepp Ranner, wir haben schon oft darüber diskutiert, wie unsere Landwirte mit zusätzlichem

Papierkram und einer unwahrscheinlichen Bürokratie belastet werden. Das kann doch nicht Europa sein!

(Beifall bei der CSU)

Das muss man mit aller Deutlichkeit sagen. Damit können wir Europa nicht mehr positiv befördern.

Ich habe 1945 das Licht der Welt erblickt; vier meiner Onkel sind auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges gestorben. Ich habe sie nie erlebt. Für mich ist Europa eine unwahrscheinliche Erfolgsstory. Aber wir dürfen dieses Europa nicht mit so viel Bürokratie überfrachten, dass die Menschen sagen: Europa? – Nein danke. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei der CSU)

Deutschland hat die große Chance, in seiner Ratspräsidentschaft einiges auf den Weg zu bringen, auch was die transeuropäischen Verkehrsnetze betrifft. Wir müssen dafür sorgen, dass für die Schienen- und Straßenverkehrswege, besonders für die Schienenverkehrswege, Mittel für Deutschland festgelegt werden. Ich sage das im Hinblick auf die Jahre 2007 bis 2013, weil gerade wir in Deutschland, einem Transitland, ganz besonderen Belastungen ausgesetzt sind. Deswegen müssen wir auch hier unsere Forderungen erheben dürfen.

Meine Damen und Herren, die europäische Politik, die europäische Integration, die europäische Entwicklung sind in den vergangenen 50 Jahren außerordentlich gut gelaufen. Ausgehend von den Römischen Verträgen von 1957 können wir feststellen: Deutschland hat weitestgehend den Treibstoff für den gut gehenden Motor geliefert. Dieser Motor ist jetzt ins Stocken geraten. Wir müssen in der Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft wieder dafür sorgen, dass der Motor genügend Treibstoff bekommt und dass Europa im Bewusstsein der Bevölkerung wieder ganz oben steht, damit man erkennen kann, welche großen Chancen Europa für uns in Bayern und auch in Deutschland bietet. – Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Zeller. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Förster. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Linus Förster (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag hat sich die CSU-Fraktion große Mühe gemacht, um die europapolitischen Forderungen aus bayerischer Sicht an die von beiden großen Parteien gemeinsam getragene Bundesregierung zu richten. Diese Mühe ist an sich lobenswert.

(Prof. Ursula Männle (CSU): Aber?)

Aber lassen Sie mich einleitend dazu sagen: Im Sinne Ihrer fundamentalen, teilweise aus meiner Sicht fundamentalistischen Forderungen wäre es viel zielführender und erfolgversprechender gewesen, wenn Ihr Parteivor-

sitzender Dr. Edmund Stoiber das Angebot von Bundeskanzler Schröder und Staatspräsident Chirac, Präsident der EU-Kommission zu werden, nicht abgelehnt hätte, sondern wenn er sich getraut hätte. Stellen Sie sich, meine Damen und Herren von der CSU, doch mal vor, wie die EU heute in Ihren CSU-Augen dastehen würde, wenn Edmund Stoiber an ihrer Spitze stünde und unseren Kontinent nach bayerischen Vorstellungen zu ordnen versuchte!

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann hätte es den heutigen Antrag gar nicht gebraucht! – Prof. Ursula Männle (CSU): Das Thema ist zu ernst für Ihre Scherze, Herr Dr. Förster!)

Was für eine verpasste Chance für Europa und für uns, aus Ihrem Antrag – Papier ist geduldig – kraftvolle Wirklichkeit werden zu lassen.

Der Vorsitzende Ihrer Partei ist ja auch nicht nach Berlin gegangen, wo er jetzt als Präsident des EU-Ministerrats während der kommenden deutschen EU-Präsidentschaft im Besonderen all das hätte durchsetzen können. Nun bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als Ihre Forderungen auf Papier zu schreiben und sie zu Protokoll zu geben.

(Rainer Volkmann (SPD): Dann hätten sie jetzt doch nicht mehr herummosern können!)

Lassen Sie uns also über Ihren Antrag reden. Ihr umfangreicher Forderungskatalog enthält auch aus unserer Sicht unbestreitbar viel Richtiges. Denn es stimmt: Wer viel aufzählt, was ihm europapolitisch in den Sinn kommt, wird naturgemäß auch einige Treffer landen. Auch wenn er mir teilweise so vorkommt, will ich Ihren Antrag nicht als „Bauchladen“ von Forderungen bezeichnen. Aber ein bisschen viel ist es schon, was Sie unseren Ministerinnen und Ministern in Berlin und insbesondere unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel da für ein halbes Jahr aufbürden. Das haben Sie auch selbst schon gesagt, Herr Kollege Zeller.

Ich meine: Weniger, das aber gescheit, wäre mehr gewesen. Aber vielleicht erwarten Sie gar nicht wirklich, dass alle Ihre Forderungen erfüllt werden. Vielleicht ist Ihr Forderungskatalog gar nicht an Berlin und Brüssel adressiert, sondern für den Hausgebrauch hier im Bayerischen Landtag bestimmt. Das wäre angesichts Ihrer Lage auch gar nicht ganz unverständlich; denn wer sich in der eigenen Fraktion über so nahe liegende Dinge wie die Laden-schlussöffnungszeiten in Bayern nicht einigen kann, schweift dann vielleicht lieber in die Ferne. Da können Sie sich vielleicht auch in Ihrer Fraktion einigen.

(Walter Nadler (CSU): Herr Kollege, darf ich Sie mal fragen, welches Demokratieverständnis Sie haben?)

Ich meine, Sie verkennen ein wenig – das ist mein grundlegender Einwand –, dass eine EU-Ratspräsidentschaft nicht vorrangig dazu bestimmt und deswegen auch nicht dazu geeignet sein kann, eigene nationale und regionale Interessen besonders gut durchzusetzen; denn ange-

sichts der vielen Interessengegensätze im Europa der 27 und zwischen den EU-Organen wird man schon von einem Erfolg sprechen können, wenn die Präsidentschaft als ehrlicher Makler bemüht ist, Europa als Ganzes aus seiner, wie Sie selbst schreiben, schwierigen Phase herauszuführen, wir Europa in den wichtigsten Politikfeldern neue Impulse geben können und neues Vertrauen bei seinen skeptischen Bürgern schaffen können. Denn es ist richtig: Die EU ist in einem schwierigen Fahrwasser.

Die deutsche Ratspräsidentschaft fällt in eine Zeit vielschichtiger Herausforderungen. Die Europaskepsis in vielen Mitgliedstaaten ist gewachsen, auch bei unseren Bürgerinnen und Bürgern in Bayern. Wir brauchen die dringend erforderlichen Antworten auf Fragen der Globalisierung, und zwar nicht nur auf die wirtschaftspolitischen Fragen, sondern auch auf die sozialpolitischen; darauf lege ich als Sozialdemokrat besonderen Wert. Es geht um die Bekämpfung des bedrohlichen Klimawandels und um die Gegenwart und um die Zukunft des Erweiterungsprozesses, um den Umgang mit unseren Nachbarn, um die Fragen der Vertiefung und vor allem auch um die Wiederbelebung des Verfassungsprozesses, ohne den sich eine politische Union dieser Größe einfach nicht managen lässt.

Die Erwartungen an die deutsche Ratspräsidentschaft sind groß. Man wird ihnen aber nicht mit einer Bauchladenpolitik gerecht werden können, sondern nur mit einer Konzentration auf wenige Schwerpunktfelder, die dem übergeordneten Ziel dienen, der EU als Bewahrer von Wohlstand in einem sozialen Europa und als global verantwortlicher Friedensmacht neue, kräftige Impulse zu geben.

Lassen Sie mich deswegen auf einige Punkte aus dem CSU-Antrag eingehen. Denn ich halte ihn sehr wohl für diskussionswürdig, wenn auch nicht für meine Fraktion für zustimmungsfähig.

Sie, meine Damen und Herren von der CSU, fordern, dass die EU die Führungsrolle beim Klimaschutz übernehmen und die umwelttechnologischen Potenziale Europas, die wirklich immens sind, nutzen soll. Das können wir nur ganz dick unterstreichen. Kollegin Paulig wäre jedoch nach der Ablehnung des Dringlichkeitsantrags sicherlich etwas überrascht und würde sozusagen ihre Stirn in Falten legen. Aber jetzt, ein paar Minuten nach Ablehnung des Dringlichkeitsantrages wird die CSU zu einer fundamental wichtigen Erkenntnis gelangt sein; sie wird hoffentlich eine andere und vernünftige Haltung einnehmen, wenn es darum geht, die Forschung und Investitionen im Bereich der regenerativen Energien und der Energieeffizienz staatlicherseits zu fördern, und zukünftig unsere Anträge in dieser Richtung unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema EU-Finanzpolitik. – Sie, lieber Kollege Zeller, treten dafür ein, dass in der Agrarpolitik eine generelle Kofinanzierung der Beihilfen und der Strukturfonds durch die Mitgliedstaaten erfolgen soll. In der Konsequenz besteht aber doch letztlich die Gefahr, dass sie dem Bund einen Berg von Kosten aufhalsen, der seinen Haushalt

radikal und nachhaltig belasten würde. Sie können doch nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU, mit gewissem Recht die Konsolidierung des Bundeshaushalts fordern und gleichzeitig die Konsolidierung, die unser Bundesfinanzminister energisch betreibt, mit großspurigen Forderungen aktiv be- und verhindern.

(Beifall bei der SPD – Rainer Volkmann (SPD):
Das machen sie doch schon seit Jahren so!)

Zum Thema Bürokratieabbau und Subsidiarität. – Ich glaube, dass Sie die Zustimmung aller drei Fraktionen dieses Hohen Hauses finden werden, wenn Sie fordern, dass das EU-Gemeinschaftsrecht im Interesse und zum Wohl aller in der EU vereinfacht und entstaubt werden muss. Es ist absolut notwendig und wichtig, dass wir, die wir hier vor Ort Verantwortung tragen, die EU-Kommission dabei unterstützen. Allerdings habe ich am Dienstag im Ausschuss mit einem gewissen Unverständnis und mit Verwunderung feststellen müssen, dass diese Kooperation in manchen Bereichen bei Ihnen nicht ganz so weit reicht, wenn es darum geht, die Steuerzahler und die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, wofür die Gelder der EU vor Ort hier in Bayern verwendet werden und wer diese Mittel erhält.

(Prof. Ursula Männle (CSU): Stimmt gar nicht!)

Bei der Umsetzung der EU-Transparenzrichtlinie, die wir in unserem Antrag gefordert haben, hat bei Ihnen leider die Unterstützung gegenüber Brüssel aufgehört.

(Zwischenruf des Abgeordneten Walter Nadler (CSU))

Wenn hier Transparenz und Übersichtlichkeit wirklich für jeden gewährleistet sind, wird es uns auch leichter fallen, den Menschen in Bayern gesetzliche Maßnahmen plausibler zu machen. Darüber hinaus werden viele auch erkennen, dass Deutschland nicht nur der berühmte Zahlmeister Europas ist, sondern dass hier vor Ort viele sinnvolle Projekte nur mithilfe der EU überhaupt realisiert werden können.

(Beifall bei der SPD)

Da wir alle ein großes Interesse daran haben – davon gehe ich aus –, dass die EU in der Bevölkerung wieder an Vertrauen gewinnt, kann ich Sie nur noch einmal dazu auffordern – wie viele andere –, die Transparenzinitiative der Kommission aktiv zu unterstützen und zu ihrer Umsetzung beizutragen.

(Beifall bei der SPD)

In der Phase der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gibt es viel zu tun. Ich möchte das in drei Schwerpunkte fassen: Die Sicherung der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zukunft Europas. Hierzu zählen insbesondere Maßnahmen für mehr Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum, eine nennenswerte Förderung von Forschung und Innovation, eine sichere, aber auch eine umweltverträgliche Energieversorgung, Investitionen

in Umwelttechnologien und umweltschonende Mobilität. Aus unserer Sicht wäre es ein großer Erfolg, wenn es unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu nennenswerten Fortschritten in der Klimapolitik käme. Die Zeichen stehen im wahrsten Sinne auf Sturm, sodass der Handlungsbedarf allmählich von jedem eingesehen werden müsste.

Zu diesem Aufgabenfeld gehört für uns aber auch, dass das soziale Europa in den Mittelpunkt gerückt wird. Im Mittelpunkt des Europa-Verständnisses der SPD-Fraktion steht nicht der Markt, sondern der Mensch.

(Beifall bei der SPD)

Das europäische Sozialmodell gehört zu unseren größten Errungenschaften. Es muss im Sturm der Globalisierung nicht nur verteidigt, sondern ausgebaut werden. So treten wir für eine verpflichtende, konsequent durchgeführte Gesetzesfolgenabschätzung auf soziale Auswirkungen bei neuen Gesetzgebungsverfahren und bei der Anwendung europäischen Rechts ein, die die Auswirkungen neuer Regelungen auf die Menschen im Blick hat. Wir treten für eine Festigung und Weiterentwicklung von Arbeitnehmerrechten in einer grenzüberschreitenden, sich verflechtenden europäischen Volkswirtschaft ein. Wir fordern Maßnahmen, die einen fairen Standortwettbewerb sicherstellen. Einen Wettlauf nach unten bei den Steuern darf es nicht geben. Deshalb soll die deutsche Ratspräsidentschaft in dieser Hinsicht auf Fortschritte drängen, zum Beispiel auf eine einheitliche und gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Unternehmensbesteuerung.

Ein zweiter Schwerpunkt sollten die Stärkung der inneren Sicherheit und der Ausbau der europäischen Rechtsordnung sein. Dazu haben Sie in Ihrem Antrag durchaus richtige Forderungen gestellt. Einiges davon ist bereits Realität. Unsere Bürger erwarten entschiedene Zusammenarbeit beim Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität und mehr Sicherheit trotz offener Grenzen. Unsere Stichworte sind dabei eine enge polizeiliche Zusammenarbeit und Stärkung von Europol, eine kohärente Migrations- und Asylpolitik, mehr Rechtssicherheit für Bürger und Unternehmen. Sie schreiben in Ihrem Antrag, keineswegs dürfe eine generelle Vergemeinschaftung der Bereiche Justiz und Inneres erfolgen. Damit tragen Sie Eulen von München nach Berlin. Das fordert niemand; aber Papier ist geduldig.

Ein dritter Schwerpunkt der Ratspräsidentschaft wird die Fortentwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sein müssen. Dazu gehören der Ausbau von Sicherheit und Stabilität in der Nachbarschaft der Europäischen Union auf dem Balkan, die Fortentwicklung der europäischen Nachbarschaftspolitik gegenüber Ländern, die wir nicht in die EU aufnehmen können, aber an deren demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung wir großes Interesse haben, zum Beispiel der Ukraine.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf einen wesentlichen Dissens hinweisen. Sie schreiben in einem Satz: Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei wird abgelehnt. Ihr Parteivorsitzen-

der fordert den Abbruch der Beitrittsgespräche, weil sich die Türkei hinsichtlich Zyperns – wahrlich, das wollen wir nicht leugnen – nicht vertragskonform verhält. Trotzdem, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist das für mich schierer Fundamentalismus. Dass Sie diesen Satz in Ihrem Dringlichkeitsantrag so salopp formulieren, reicht für mich schon, um den Antrag abzulehnen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Dazu fällt mir eine Karikatur in der „Süddeutschen Zeitung“ ein, die in diesem Zusammenhang Edmund Stoiber treffend als „Erdogan aus Wolfratshausen“ karikierte.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Viel zuviel der Ehre!)

Auch die SPD-Fraktion meint, Herr Kollege Zeller, dass es keine Automatismen für einen Beitritt geben darf. Die Türkei muss die Verträge erfüllen, sie muss sich in ihren Positionen bis zum Jahresende bewegen, sonst sind Konsequenzen unvermeidlich – das ist keine Frage. Sie hingegen fordern aber von vornherein und entgegen der Politik aller EU-Regierungen, einschließlich der Regierung Merkel, dass die Türkei nie und nimmer in den europäischen Schoß aufgenommen werden darf.

(Rainer Volkmann (SPD): Unglaublich!)

Wenn Ihre Parteifreundin und Bundeskanzlerin Angela Merkel den „Erdogan aus Wolfratshausen“ beim Wort nehmen würde, was sie klugerweise nicht tut, dann hätte sie schon zu Beginn ihrer EU-Ratspräsidentschaft einen wahren Scherbenhaufen vor sich.

(Beifall bei der SPD)

Die Verhandlungen mit der Türkei sollen weitergehen, weil es uns allen nützt, wenn sich die Türkei im Sinne der europäischen Werte entwickelt und eine Brücke zwischen dem Westen und dem Islam sein kann, statt gefährlich ins nationalistische und islamistische Lager ihrer östlichen Nachbarn abzudriften.

Wenn schon sonst in nichts sollten sich der Erdogan aus Ankara und der „Erdogan aus dem Loisachtal“ in dieser Frage einig sein. Die EU-Ratspräsidentschaft bietet uns in Deutschland und in Bayern die Chance, den Beweis dafür anzutreten, dass wir zu Recht immer wieder – und immer noch – als Motor für eine positive Entwicklung Europas bezeichnet werden. In diesem halben Jahr sollten wir die Chance nicht verpassen, neben dem legitimen Eintritt für unsere eigenen Interessen unter schwierigen Rahmenbedingungen Impulse zu geben, dass Europa wieder angesehener, handlungsfähiger und zukunftssicherer gemacht wird. Für das Gelingen dieser großen, ambitionierten Aufgabe bedarf es aber all derer, denen Bayern, Deutschland und Europa am Herzen liegen. Lassen Sie uns deshalb nicht nur diskutieren, sondern entschlossen handeln.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Förster. Nächste Wortmeldung – er schreit schon zum Rednerpult –: Herr Kollege Dr. Runge. Bitte schön.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Die kommende Ratspräsidentschaft wirft ihr Licht bzw. ihre Schatten voraus. Die Kolleginnen und Kollegen von der CSU fordern in ihrem Dringlichkeitsantrag die Staatsregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Themen der Europapolitik, die auch für Bayern von besonderer Bedeutung sind, vorrangig Eingang in die Arbeit der Ratspräsidentschaft finden. Anschließend wird in dem Antrag ein Katalog von Themen aufgezählt: nämlich der Bürokratieabbau, die Erweiterungspolitik, der Welthandel, die Energiepolitik, der Klimaschutz, die Finanzpolitik, die Beschäftigungs- und Sozialpolitik, die Justizpolitik, die Innenpolitik, die Agrarpolitik und die transeuropäischen Verkehrsnetze.

Meine Damen und Herren von der CSU, soweit wir wissen, ist Ihre Partei an der Bundesregierung beteiligt. Ihr Parteifreund Michael Glos ist Bundeswirtschaftsminister. Er hat in seinem Haus auch eine Europaabteilung. Er hat also eine gewisse Zuständigkeit für Europa. Wir fragen uns: Wo bleibt die Abstimmung mit der Bundesregierung, wo bleibt Ihre Abstimmung mit Herrn Glos?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Zeller, die Agenda der Bundesregierung, die unlängst vorgestellt wurde, sieht ganz anders aus. Frau Merkel hat neulich vorgestellt, Schwerpunkte seien fünf Themen: der Verfassungsvertrag, die Nachbarschaftspolitik, die Energiepolitik – die haben Sie sogar konkret dabei –, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – mit Schrägstrich – die gemeinsame Verteidigungspolitik, und als fünfter Schwerpunkt wurde die Wachstums- politik, die Lissabon-Strategie, genannt.

Wir machen uns die Arbeit, die einzelnen Bundesressorts zu betrachten. Ich bringe als Beispiel das Ressort von Bundesinnenminister Schäuble. Seine Vorstellungen passen überhaupt nicht mit dem zusammen, was Sie bei der Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik vorgeschlagen haben. Herr Schäuble hat auf seiner Agenda die Terrorismusbekämpfung, den Bevölkerungsschutz, die Migrationspolitik, die Verwaltungszusammenarbeit, die Doping-Bekämpfung, Datenschutz und Statistik sowie den interkulturellen Dialog. Vor dem Hintergrund, dass wir sehr wenige Schnittmengen erkennen konnten, stellen wir die Frage, wo die Abstimmung mit der Bundesregierung stattfindet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich werde jetzt auf Ihre Forderungen und Spiegelstriche in dem Antrag eingehen. Ich beginne mit der Agrarpolitik. 2003 hatten wir die Agrarreform mit Cross Compliance mit einem aufwändigen Kontroll- und Sanktionswesen. Aus Ihren Reihen gab es dazu einen Dringlichkeitsantrag. Soweit ich mich erinnere, ist er in diesem Hause auch einstimmig beschlossen worden. Man muss aber eines ganz klar sagen: Wenn wir Verwaltungsvereinfachung wollen,

dann brauchen wir mehr Transparenz. Dieses Mehr an Transparenz haben Sie erst in dieser Woche, am vergangenen Dienstag, im Ausschuss abgelehnt. Sie hätten dem Antrag der SPD zustimmen müssen, weil die Transparenz mit der Verwaltungsvereinfachung korrespondiert. Anders geht es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Zu Justiz und Innerem: Zu diesem Punkt können wir Ihre Forderungen in keinem Falle unterstützen. Sie sagen, aus Sicht des Landtags muss die justizielle und operative polizeiliche Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union fortentwickelt werden, der Informationsaustausch muss weiter verbessert werden. Dann geht es um den europäischen Informationsverbund, um nationale Datenbanken, DNA- und Fingerabdrücke, Kfz-Daten, die ausgetauscht werden sollen.

Sie wollen die Bedeutung von Europol steigern. Das sind Dinge, hinter denen wir dezidiert nicht stehen. In Europa gibt es – die Kollegin Christine Stahl wird dies bestätigen – kein gemeinsames Strafrecht, es gibt keine gemeinsame Strafverfolgung, aber Sie wollen durchgehend den grenzüberschreitenden Zugriff. Wir fragen hier ganz klar: Wo sind die angemessenen Sicherungen? Wo finden wir den Datenschutz, den Herr Schäuble auf seiner Agenda hat? Solange die gesetzlichen Grundlagen auf europäischer Ebene fehlen, können wir diesen Punkten nicht zustimmen und werden auch nicht zustimmen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Runge, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Zeller?

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Nein. Wir sind in erheblichem Zeitdruck, weil wir noch den Ladenschluss diskutieren wollen, Herr Zeller, und mir Frau Tolle schon im Nacken sitzt. Sie hätten gerne die Zeit für Zwischenfragen, damit wir nicht mehr zum Ladenschluss kommen.

Zur Finanzpolitik auch nur kursorische Stichworte. „Allgemeiner Korrekturmechanismus für übermäßige Nettozahler“ klingt gut. Nur, wer hat denn die Spendierhosen angehabt? Das war doch Ihr Kanzler Helmut Kohl. Und wer ist in die Tradition von Herrn Kohl zurückgefallen? Das war Ihre Frau Merkel. Die Regierung Schröder/Fischer war hier weitaus besser für die Bundesrepublik.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Allerdings!)

Ich erinnere an den Gipfel im Jahre 1999 in Berlin, bei dem sie über eine Milliarde Euro herausverhandelt haben. Diesbezüglich sollten Sie sich also an die eigene Nase fassen.

Der Klimaschutz wurde bereits vorhin diskutiert. Das Global Warming ist von Ihnen, zumindest aus Ihrer Partei heraus, lange Zeit massiv bestritten worden. Jetzt erkennt man dieses, aber es wird vor allem mit dem Zeigefinger auf andere gezeigt.

Zur Energiepolitik heißt es so schön in Ihrem Antrag, vorrangige Aufgabe der EU in nächster Zeit müsse die konsequente Durchsetzung eines offenen wettbewerbsorientierten Binnenmarktes sein. Das ist richtig. Aber wenn es dann konkret wird – ich erinnere an unseren Dringlichkeitsantrag, in der letzten Woche behandelt –, dann lehnen Sie auch dies wieder ab. Vieles von dem, was Sie formulieren, ist also schlicht das Papier nicht wert, auf dem es steht.

Auch zum Welthandel wohlfeile Formulierungen, wobei wir wissen, was der Haupthinderungsgrund für eine Einigung bei der Konferenz von Doha ist. Das sind die Agrarsubventionen. Sie wissen wiederum, wer in Deutschland besonders von den Agrarsubventionen profitiert. Wenn es zum Schwur kommt, sind wir auch hier mit großem Interesse dabei.

Zur Erweiterungspolitik: Kollege Förster ist hierauf eingegangen. Sie sagen, die Grenzen Europas müssten festgelegt werden. Darüber hinaus müssten Neuaufnahmen finanzierbar sein. Einen Beitrittsautomatismus dürfe es nicht geben. Wie haben Sie beispielsweise bei Rumänien und Bulgarien herumgeeiert! Die Europäische Volkspartei: Eine große Ankündigung; wir sind noch nicht so weit; wir stellen einen Antrag. Rumänien und Bulgarien haben sich noch lange nicht qualifiziert. – Der Antrag ist dann nie gestellt worden. Er wurde im Europäischen Parlament von den GRÜNEN gestellt, und dann gab es dort bezüglich Rumäniens eine interessante Abstimmungsbündnis zwischen den GRÜNEN und bayerischen CSU-Abgeordneten.

Im letzten Landtags-Plenum hier wurde der Antrag zu den Schutzklauseln behandelt. Da sagen wir: Lasst uns ehrlicher sein. Statt halber Mitgliedschaften, also anstatt Mitgliedsländer zu haben, die massenweise mit Schutzklauseln überzogen werden, verschieben wir doch lieber den Beitritt. Aber so ehrlich wollen Sie nicht sein.

In Bezug auf die Türkei darf man das Wort „Ehrlichkeit“ überhaupt nicht in den Mund nehmen. Wer hat denn der Türkei immer Versprechungen gemacht? – Das begann mit Adenauer und endete bei Helmut Kohl. Ihre Fraktion, Herr Zeller, war die Fraktion, die im Bundestag während der Alt-Alt-Bundesregierung am massivsten für den Beitritt der Türkei geworben hat. Das war beispielsweise noch 1997, also in den letzten Zügen der schwarz-gelben Koalition der Fall.

Ich habe eine Pressemeldung von Herrn Michael Glos mitgebracht, damals Fraktionsvorsitzender. Die Überschrift lautet: „Die Türkei darf auf dem Weg nach Europa nicht diskriminiert werden“, und der Satzesatz lautet: „Am Ziel darf es keinerlei Zweifel geben; es ist vor allem im deutschen Interesse, die Türkei in Europa zu sehen.“

(Beifall bei den GRÜNEN – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Das war die Presseerklärung Ihres Fraktionsvorsitzenden im Bundestag. Aber alles Schall und Rauch. Wenn es taktisch und strategisch passt, wird die Argumentation eben umgekehrt.

Wir sagen: Pacta sunt servanda. Es gibt die Kopenhagener Kriterien, es gibt Bedingungen. Die Türkei ist meilenweit davon entfernt. Da wird sehr genau hingeschaut werden und muss sehr genau hingeschaut werden. Aber jetzt zu sagen, es dürfe keine Vollmitgliedschaft geben, ist nichts anderes als verlogen, da Sie zuvor immer exakt das Gegenteil gepredigt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Besonders „schön“ wird es bei Ihrem ersten Spiegelstrich „Bürokratieabbau und Subsidiarität“. Da können wir uns vor Lachen kaum halten. Vor wenigen Wochen haben wir die zehnte oder zwölfte Bürokratieabbauinitiative – man muss sagen: Kampagne – erleben dürfen. Wieder haben die Herren Huber, Sinner – Herr Sinner zum ersten Mal – und Stoiber in ihren Fantastereien geschwelgt. Herr Kollege Zeller, man muss sich einmal anschauen, was stets daraus wird. Forderungen werden immer da gestellt, wo niemand Regelungen kennt, wo es Ihnen selber nicht wehtut, wo es Ihrer eigenen Klientel nicht wehtut. Vor allem wird aber wiederum mit dem Zeigefinger auf andere gezeigt.

Noch einmal: Das wurde Ihnen x-mal ins Stammbuch geschrieben, unlängst von der „Wirtschaftswoche“. Da war Bayern, was die Bürokratie anbelangt, auf dem zweitschlechtesten Platz. Aber auch die von Ihnen selber eingesetzte Henzler-Kommission hat gesagt: Bayern hat mit Abstand die höchste Regulationsdichte.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Bayern vorn!)

– Bei der Bürokratie ist Bayern wirklich Weltmeister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber Sie tun überhaupt nichts, Sie zeigen wirklich immer nur auf die anderen.

Jetzt erinnere ich Sie an etwas. Vor der Sommerpause wurde im Wirtschaftsausschuss der Bericht zur Mittelstandspolitik gegeben. Wie endete unser famoser Wirtschaftsminister? – Er ist nicht da. Er streitet wohl gerade noch zum Ladenschluss. – Er endete damit: Die Abschaffung der Meisterpflicht in 53 Berufen muss korrigiert werden. Das bedeutet wieder mehr Bürokratie. In den Sommerferien kam dann die Meldung: Der Amtschef des Wirtschaftsministeriums hat ein 80-seitiges Gutachten darüber verfasst, wie wichtig es doch ist, dass diejenigen, die Reifen wechseln, den großen Befähigungsnachweis haben. Für den Reifenwechsel braucht man also den Meisterbrief. – Das ist Bürokratieabbau à la Bayern. Aber immer schwülstig sagen: Wir sind für Bürokratieabbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fangen Sie doch endlich einmal bei sich selber an. Aber bei sich selber, in Bayern, schützt man die eigene Klientel, deswegen Fehlanzeige beim Bürokratieabbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim besten Willen können wir also diesem Antrag nicht zustimmen. Wir können uns nicht einmal enthalten. Wir werden den Antrag ablehnen. Wir werden die deutsche Ratspräsidentschaft entsprechend begleiten und dabei auch auf die Schwerpunkte eingehen, die Frau Merkel verkündet hat, beispielsweise auf den Verfassungsvertrag, und wir freuen uns schon auf interessante weitere Diskussionen hier im Hause zum Thema Europapolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Runge. Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Müller um das Wort gebeten. Bitte sehr, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der deutschen Ratspräsidentschaft haben wir die Chance, die Europäische Union so mitzugestalten, dass Europa seinen Einfluss in der Welt stärken kann. Die Europäische Union kann nur das sein, was die europäischen Völker und Staaten aus ihr machen. Sie wird auch nur gelingen, wenn wir sie massiv und aktiv mitgestalten.

Ich freue mich, dass Herr Förster vorhin gesagt hat: Nicht nur reden, sondern auch handeln. Das wollen wir. Deshalb ist es notwendig, während der deutschen Ratspräsidentschaft den Verfassungsprozess erfolgreich fortzusetzen, Orientierung über Werte und Aufgaben der Europäischen Union zu geben und die Finalität dieser Europäischen Union endlich einmal zu diskutieren und zu definieren; denn ein politisches Gebilde ohne Grenzen ist nicht lebensfähig und erhält auch keine Akzeptanz. Die Europäische Union muss von den Bürgerinnen und Bürgern verstanden und letztlich auch mitgetragen werden.

Die Europäische Union wird ihr Gewicht auf Dauer nur zur Geltung bringen, wenn der Lissabon-Prozess weiter vorangetrieben wird und wenn sie wirtschaftlich stark und dynamisch ist. Ich denke, die Halbzeitbilanz des Lissabon-Prozesses hat uns gezeigt, dass wir nichts erreicht haben. Aber jetzt, nach der Modifizierung und nachdem sämtliche Mitgliedstaaten aufgefordert sind, die Aktionsprogramme durchzuführen, sieht es etwas besser und dynamischer aus. Während der deutschen Ratspräsidentschaft müssen also Wachstum und Beschäftigung sowie die Innovationsfähigkeit durch Investitionen in Forschung und in Entwicklung und durch eine bessere Rechtssetzung gestärkt werden.

Energie und Klimaschutz sind ebenfalls ein zentrales Thema der deutschen Ratspräsidentschaft.

Die Europäische Union braucht bei ihrer hohen Abhängigkeit von Energieimporten eine gemeinsame europäische Energiepolitik. Das bedeutet im Klartext: Energieversorgungssicherheit zu erschwinglichen Preisen – das wollen sowohl die GRÜNEN als auch die SPD und die CSU –, die Förderung von Energieeffizienz, die Förderung alternativer Energien, die Gestaltung des Energiemix in den jeweiligen Nationalstaaten und nicht europäisch. Wir brauchen auch eine gemeinsame europäische Energieaußenpolitik.

Es ist auch dringend erforderlich – und das ist vorhin angesprochen worden –, dass wir in der Zukunft eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vorantreiben und vervollständigen. Die Europäische Union ist ein historisch einmaliges europäisches Friedensprojekt. Es ist notwendig, neues Vertrauen in die europäischen Institutionen zu schaffen sowie die Zustimmung zur europäischen Integration zu stärken. Wir haben jetzt die Möglichkeit, im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft sowohl deutsche Interessen als auch natürlich bayerische Interessen auf der europäischen Ebene zu verwirklichen.

Die Bayerische Staatsregierung unterstützt den Dringlichkeitsantrag der CSU. Als Schwerpunkte werden zehn Handlungsbereiche hervorgehoben: Bürokratieabbau und Subsidiarität, Erweiterungspolitik, Welthandel, Energiepolitik, Klimaschutz, Finanzpolitik, Beschäftigungs- und Sozialpolitik, Justiz und Inneres, Agrarpolitik und trans-europäisches Verkehrsnetz.

Wir brauchen eine positive Europapolitik, aber mit einem sehr realistischen Blick. Europa steckt auch ein Jahr nach der von den Staats- und Regierungschefs der europäischen Staaten vereinbarten Phase des Nachdenkens über die Zukunft der Europäischen Union nach wie vor in einer Vertrauenskrise. Hauptursachen dafür sind die expandierende und grenzenlose Erweiterungspolitik der Europäischen Union sowie ein Übermaß an Regulierung und Bürokratie. Hinzu kommt, dass die Bürger konkrete Antworten der Europäischen Union auf die Herausforderung der Globalisierung und natürlich auf die Herausforderung der künftigen Initiativen erwarten.

Für die deutsche Ratspräsidentschaft sollte daher eine echte Neuausrichtung der Europapolitik im Mittelpunkt stehen. Im Ministerrat haben wir in Bayern am 20. Juni ein zwischen den Ressorts abgestimmtes Positionspapier verabschiedet, das bayerische Vorschläge für das Arbeitsprogramm während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 enthält. Ich habe dieses Positionspapier bereits damals der Bundesregierung übermittelt.

Die im Dringlichkeitsantrag enthaltenen Positionen und Forderungen stimmen mit dem Standpunkt der Bayerischen Staatsregierung überein. Auch aus Sicht der Bayerischen Staatsregierung müssen der Abbau der Bürokratie und die Vereinfachung des bestehenden EU-Rechts oberste Priorität haben; denn eine konsequente Vereinfachung des EU-Rechts entlastet sowohl die Unternehmen als auch die Bürger und letztlich auch die Verwaltung. Wir haben vorhin von den Berichtspflichten gehört und darüber diskutiert. Ich glaube, da ist echter Handlungsbedarf angesagt. Deshalb ist eine Entbürokratisierung und Deregulierung auf europäischer Ebene notwendig; denn das stützt die Konjunktur und steigert die Akzeptanz der Europäischen Union bei unseren Bürgern.

Zur Entbürokratisierung haben wir von Bayern aus dreizehn Vorschläge an die Bundesregierung weitergeleitet; angefangen von Cross Compliance über die Überprüfung der Umgehungslärmrichtlinie, die Bodenschutzrahmenrichtlinie hin zur Überarbeitung der FFH- und Vogelschutzrichtlinie. Ich könnte jetzt diese dreizehn Punkte

auflisten. Wenn Sie wollen, bekommen Sie dies von mir schriftlich.

Herr Runge und Herr Förster, wir wollen selbstverständlich Transparenz unterstützen; da haben Sie neulich in der Sitzung etwas missverstanden. Wir sagen, dass wir Transparenz wollen. Wir wollen, dass die Bürger wissen, wohin ihre Steuergelder kommen, die nach Europa einbezahlt werden. Aber wir wollen es realistisch und praktikabel machen. Wir wollen einen Schwellenwert einführen, weil ein sowohl darunter als auch ein darüber liegender Schwellenwert ein Signal ist und eine klare und deutliche Aussage erlaubt. Betriebsdaten und persönliche Daten zu veröffentlichen, das halten wir mit Sicherheit nicht für angebracht und auch nicht für akzeptabel.

Bei der Erweiterungspolitik muss auf die strikte Einhaltung der Beitrittsvoraussetzungen und die Aufnahme-fähigkeit der Europäischen Union geachtet werden. Es sind die Kopenhagener Kriterien angesprochen worden. Ich möchte auch den „acquis communautaire“ mit 20 000 Rechtsvorschriften ansprechen, die Basis für die Integration in die Europäische Union. Für diejenigen europäischen Länder, die nicht Mitglied werden können, sollte eine attraktive dritte Kategorie der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Assoziierung und Vollmitgliedschaft entwickelt werden. Ich denke hier schon auch an die Türkei; das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen.

Der Fortschrittsbericht der Kommission von dieser Woche weist in der Türkei gravierende rechtsstaatliche Defizite aus, zum Beispiel die unzureichende Beachtung von Menschenrechten und den klaren Vertragsbruch gegenüber dem EU-Mitglied Zypern. Angesichts all der problematischen Punkte im Wertekatalog, kann man nicht sagen, in der derzeitigen Diskussion konzentriert man sich einfach nur auf zwei Punkte. Das ist falsch. Man muss die ganze Palette der Defizite sehen, nicht nur § 301 in der türkischen Verfassung und das Ankara-Protokoll. Erst dann, wenn die Probleme ausgeräumt sind, kann man mit der Türkei weiterverhandeln. Die Türkei teilt die in Europa vorhandenen Werte nicht. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei wird im Dringlichkeitsantrag der CSU abgelehnt. Das entspricht auch der Haltung der Bayerischen Staatsregierung.

Im Fortschrittsbericht der Europäischen Union ist klar formuliert: „Wenn die Türkei die eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllt, muss dies ernste Konsequenzen haben.“ Die richtige Konsequenz aus der Nichteinhaltung der Verpflichtungen und dem negativen Fortschrittsbericht sollte dann das Einfrieren der neuen Verhandlungen sein.

Die Europäische Union würde sich mit einer Weiterführung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei völlig unglaublich machen. Es ist bereits jetzt nicht mehr zu vermitteln, dass die EU-Beitrittsverhandlungen mit einem Land geführt werden, das einen Mitgliedstaat der Europäischen Union, nämlich Zypern, nicht anerkennt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch Sie würden keinen Vertrag eingehen, bei dem Sie zum Beispiel schon im Vorfeld wissen, dass Sie von demjenigen, der den Vertrag mit Ihnen eingeht, gar nicht anerkannt werden. So etwas

ist weder akzeptabel noch realistisch, und darüber muss man reden.

Da sich die Türkei unter anderem weigert, elementare rechtsstaatliche und politische Grundsätze einzuhalten, dürfen keine neuen Verhandlungskapitel eröffnet werden. Es ist höchste Zeit, den Verhandlungen mit der Türkei eine neue Richtung der Intensivierung der Beziehungen zur Europäischen Union jenseits eines Beitritts zu geben und zu eröffnen. Die Bundesregierung muss die deutsche Ratspräsidentschaft auch dazu nutzen, um die politischen und wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitgliedstaaten in der Welt weiterzuentwickeln und zu stärken, um das Gewicht der Europäischen Union im globalen Wettbewerb zu stärken.

Die fachpolitischen Forderungen des Dringlichkeitsantrags zu den Bereichen Energie, Klimaschutz, Finanzen, Beschäftigungs- und Sozialpolitik, Justiz und Inneres, Agrarpolitik und transeuropäisches Verkehrsnetz entsprechen den bayerischen Positionen.

Ich möchte nochmals auf den vorhin angesprochenen Agrarbericht zurückkommen. Wir wollen, dass in den Jahren 2008 und 2009, wenn es bei der mid term review um eine Neuausrichtung und Überarbeitung geht, wie es mit der Finanzierung weiterhin aussieht, auch im Agrarbereich die Weichen richtigstellen. Das bedeutet: Wir wollen in der Mittelausstattung mehr Mitspracherecht haben. Wir streben auch im Agrarbereich eine Kofinanzierung an, weil wir das für absolut zielführend und richtig halten. Herr Kollege Zeller hat das im Vorfeld schon angesprochen.

Ich möchte aus diesem Katalog nur den Bereich Justiz/Inneres herausgreifen. Hier muss während der deutschen Ratspräsidentschaft die Fortentwicklung der Zusammenarbeit von Justiz und der operativen Polizeiarbeit sowie die Verbesserung des Informationsaustausches in der Tat im Mittelpunkt stehen.

Allerdings ist die Zusammenarbeit konsequent auf Fälle mit grenzüberschreitendem Bezug zu beschränken. Eine umfassende Vergemeinschaftung bei Justiz und Innerem ist entschieden abzulehnen. Ich möchte nicht, dass die Europäische Union uns ganz genau vorschreibt, wie wir mit der Polizei zu verfahren haben. Das kann nicht unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall bei der CSU)

Die Bayerische Staatsregierung wird selbstverständlich auch während der deutschen Ratspräsidentschaft darauf drängen, dass die aus bayerischer Sicht vorrangigen Themen und Aufgaben hinreichend berücksichtigt werden, unter anderem auch in der Abteilung Europapolitik im Wirtschaftsministerium. Die Erklärung des Bundeskabinetts zur deutschen Ratspräsidentschaft vom 5. November 2006 weist in die richtige Richtung. Das Bundeskabinett unterstreicht hierin die Notwendigkeit einer Erneuerung der Europäischen Union. Als vorrangige Themen werden dabei der EU-Verfassungsvertrag, die Erweiterungspolitik, die Globalisierung, die Stärkung des Wettbewerbs, die Stärkung der Wirtschaft sowie die Energie und der Klimaschutz genannt. Es wird nun darauf

ankommen, wie die Bundesregierung diese Zielvorgaben konkret in ihrem Arbeitsprogramm umsetzen wird. Die Bayerische Staatsregierung wird den gesamten Prozess jedenfalls aufmerksam begleiten.

Abschließend möchte ich dem Landtag empfehlen, den Dringlichkeitsantrag der CSU zu unterstützen; denn er ist zielführend und ausgewogen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/6692 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag angenommen.

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Susann Biedefeld u. a. u. Frakt. (SPD)
Keine Aufweichung des Ladenschlussgesetzes in Bayern – Familie hat Vorrang (Drs. 15/6693)

und den nachgezogenen

Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Renate Dodell, Thomas Kreuzer u. a. u. Frakt. (CSU)
Für interessengerechte Ladenöffnungszeiten in Bayern – Entwicklung in anderen Bundesländern sorgsam auswerten (Drs. 15/6761)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf Frau Kollegin Sonnenholzner das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kathrin Sonnenholzner (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ganz bewusst haben wir als SPD-Fraktion unseren Antrag überschrieben mit den Worten „Keine Aufweichung des Ladenschlussgesetzes in Bayern – Familie hat Vorrang“, weil in der Tat eine weitere Aufweichung bzw. Liberalisierung – wie das heute so schön heißt – auf sehr viele Menschen im Lande negative Auswirkungen hätte. Im Wesentlichen beträfe sie aber die Familien.

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich ausführlich mit dem Thema beschäftigt. Wir haben alle betroffenen Interessengruppen befragt und sind nach ausführlicher Beratung einhellig zu dem Ergebnis gekommen, dass eine weitere Aufweichung der Ladenschlusszeiten in Bayern in sehr vielen Bereichen negative Auswirkungen hätte.

Wir freuen uns über den Beschluss zumindest der Hälfte der Mehrheitsfraktion in diesem Hause, bei der wir davon ausgehen können, dass sie das Anliegen unseres Antrags teilt. Sie haben heute früh schon eine Sondersitzung

gebraucht. Ich bin zuversichtlich, dass diese 50 % kein Problem haben werden, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Antrag wird um nicht mehr und nicht weniger gebeten als um Zustimmung dazu, das bestehende Ladenschlussgesetz mit den Öffnungszeiten bis 20 Uhr und dem Sonn- und Feiertagsverbot beizubehalten und unverändert für Bayern zu übernehmen. Die große öffentliche Aufmerksamkeit, die das Thema im Moment findet, hat sicher auch mit dem Geeeie zu tun, das Ihre Fraktion an den Tag gelegt hat. Es wäre aber zu einfach, zu behaupten, dass die öffentliche Aufmerksamkeit nur darauf zurückzuführen sei. Tatsächlich haben Sie alle stapelweise Stellungnahmen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern und von Verbänden erhalten, die Ihnen sehr dezidiert, ausführlich, detailliert und ernsthaft ihre Bedenken dazu dargelegt haben.

Die Diskussionen über den Ladenschluss begleiten die politische Debatte genauso wie Sie und mich seit Jahrzehnten. Mit abenteuerlichsten Thesen wird die Notwendigkeit von längeren Öffnungszeiten begründet. Da geht es unter anderem um den wirtschaftlichen Aufschwung. Ich weiß nicht, wer sich noch erinnert, dass Herr Rexrodt einmal Wirtschaftsminister war. Er hat jedenfalls gleich die Existenz des Standortes Deutschland an die Ladenöffnungszeiten geknüpft. Ähnliche Argumentationen hört man gelegentlich auch von anderer Seite. Wir produzieren hier aber keine Gelddruckmaschinen. Es kommt nicht mehr Geld ins Land, also kann auch nicht mehr Geld ausgegeben werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe nicht viel von Mathematik verstanden, aber mir ist klar, wenn ich jeden Euro nur einmal ausgeben kann, dann nützt es auch nichts, mich ihn bis 24.00 Uhr ausgeben zu lassen.

Das nächste Argument, wonach die bestehenden Öffnungszeiten nicht ausreichen, ist ebenso unsinnig. An sechs Tagen in der Woche kann in Deutschland bis 20.00 Uhr eingekauft werden. Ich meine, wenn es eine Abgeordnete mit drei Kindern und einer Arbeitszeit von 70 Stunden in der Woche schafft, in dieser Zeit einzukaufen, dann können das auch andere. Das ist also kein Argument.

(Beifall bei der SPD)

Schwerwiegend aber wären die Folgen dieser sogenannten weiteren Liberalisierung insbesondere – das steht schon im Titel unseres Antrags – für Familien mit Kindern. Die Frauen, die im Verkauf arbeiten, kommen jetzt schon mit dem Angebot der Kindertagesstätten – Kita – bei Weitem nicht aus. Es gibt keine Kita, die bis 20.00 Uhr offen hat. Es gibt auch keine Kita, die darüber hinaus offen hat. Man muss nämlich auch bedenken, dass die Frauen nicht an ihrem Arbeitsplatz wohnen, sondern noch einen Heimweg haben, für den sie Zeit brauchen. Dass Alleinerziehende noch stärker betroffen sind, liegt auf der Hand.

Das braucht man nicht weiter zu begründen. Insgesamt leidet das Familienleben.

Genau heute vor 50 Jahren hat der DGB unter dem Motto „Am Samstag gehört Vati mir“ für den freien Samstag gekämpft. Jetzt müssen wir uns überlegen, ob wir uns für den freien Sonntag nicht nur für Väter, sondern auch für Mütter einsetzen müssen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU)

– Beruhigen Sie sich, Herr Kollege. Sie dürfen nachher lang und umfänglich zum Thema sprechen. Ich verstehe Ihre Aufregung, aber im Moment habe überwiegend ich das Wort.

Für Arbeitnehmerinnen kommt es zu einem weiteren Abbau von Ganztagsarbeitsplätzen zugunsten von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Diesen Trend haben wir schon bei den Öffnungszeiten bis 20.00 Uhr festgestellt. Die Arbeitszeiten werden ungünstiger. Es gibt oft längere Pausen dazwischen. Auch hier stellt sich das Problem der Kinderbetreuung. Die Frage ist auch: Wie sollen die arbeitenden Menschen bei Öffnungszeiten bis 22.00 oder 24.00 Uhr überhaupt nach Hause kommen, wenn sie in einer Gegend wohnen, in der nicht, wie in der Landeshauptstadt München, durchgängig bis 2.00 Uhr nachts öffentliche Verkehrsmittel fahren? Das ist doch alles vollkommen undurchdacht.

(Beifall bei der SPD)

Es leiden aber nicht nur diejenigen, die dort arbeiten, sondern es leiden auch die wohnortnahen Einkaufsmöglichkeiten. Längere Öffnungszeiten sind im Wesentlichen für größere Ketten interessant. Diese haben sich auch schon entsprechend positioniert. Das führt aber zu einer Wettbewerbsverzerrung und einer weiteren Konzentration. Noch mehr kleine Geschäfte werden dem Wettbewerb nicht mehr standhalten können. Besonders negativ sind die Auswirkungen im ländlichen Raum, für den Sie in Ihren Sonntagsreden – reden dürfen Sie sonntags auch jetzt schon – eintreten.

Betroffen ist der ländliche Raum, betroffen sind aber auch die Senioren. Wir diskutieren in der Sozialpolitik zu Recht darüber, dass den alten Menschen so lang wie möglich das Leben in der eigenen Wohnung ermöglicht werden soll. Die alten Menschen müssen aber nicht nur leben, sondern sich auch ernähren und dazu einkaufen. Deswegen müssen sie wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten haben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist doch in vielen Gebieten heute schon so, dass man ohne Auto kaum einkaufen kann. Dieser Trend wird sich noch verschärfen.

Im Übrigen haben längere Ladenöffnungszeiten auch negative Auswirkungen auf den Service. Es gibt nicht mehr Personal – deswegen gibt es weniger Personal pro Zeiteinheit, wenn die Ladenöffnungszeiten ausgedehnt

werden, und die Beratung, der Service sowie die Dichte des Personals werden entsprechend weniger. Das hat man auch schon bei der Öffnung bis 20 Uhr gesehen.

(Beifall bei der SPD)

Nicht ohne guten Grund laufen das Handwerk und die kleinen Einzelhandelsläden Sturm. Nehmen Sie doch ernst, was Ihnen zum Beispiel das Bäckerhandwerk in langen und ausführlichen Briefen schreibt, das jetzt schon massiv unter Konkurrenzdruck steht, das jetzt schon darunter leiden muss, dass an jeder Tankstelle, in jedem Supermarkt oder sonst wo Backwaren verkauft werden; dass diese Läden auch sonntags anbieten. Dies macht die kleinen Betriebe kaputt. Dies gilt für die Bäcker, dies gilt aber auch für die Metzger und andere Handwerksbetriebe der Ernährungsbranche.

Zum gesellschaftlichen Leben: Wir beklagen alle zu Recht, dass das ehrenamtliche Engagement zurückgeht. Auch das wird nicht besser werden, wenn die Leute rund um die Uhr arbeiten müssen. Wann sollen sie sich denn neben ihrer Familie, neben ihrem Job auch noch um ihr Engagement in Vereinen oder in der Wohlfahrtsarbeit kümmern?

Ich nenne ganz bewusst das Thema „Keine Aufweichung an Sonn- und Feiertagen“, weil wir dies einschränkungslos fordern. Sie sagen das auch. Ihr Ministerpräsident sagt aber im gleichen Atemzug, dass noch vor Weihnachten die Diskussion darüber eröffnet werden wird, weil es um den Weihnachtseinkauf geht, was längere Öffnungszeiten betrifft, und dass in Unterfranken wegen des Drucks aus Hessen die Diskussion darüber beginnen wird. Was tun Sie denn, verehrte Kolleginnen und Kollegen in der CSU, wenn in Unterfranken gesagt wird: Auch am Sonntag wandern uns die Leute ab; sie fahren am Sonntag alle nach Hessen zum Einkaufen? Ich kann mir vorstellen, wie schnell Sie dann bei der Hand wären, auch dieses aufzuweichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Abschließend bitte ich nochmals, zumindest die Hälfte Ihrer Fraktion, um Zustimmung zu unserem Antrag in namentlicher Abstimmung.

Zu Ihrem Antrag: Das, was Sie uns heute vorlegen, ist wirklich beinahe lächerlich. Dies beginnt schon mit den interessengerechten Ladenöffnungszeiten. Welchen Interessen sollen sie denn gerecht werden? Dieser Antrag wird maximal Ihrem Interesse gerecht, mit einem entschiedenen Sowohl-als-auch im Moment weder ihre eigenen Reihen noch irgendeine Klientel draußen zu bedienen. Das wird aber nicht gehen.

Zu diesem Thema gibt es unterschiedliche Positionen. Man muss sich entscheiden, so weh das an der einen oder anderen Stelle auch tun mag. Wir als SPD-Landtagsfraktion sehen keine Notwendigkeit mehr, irgendetwas zu beobachten. Wir beobachten die Ladenöffnungszeiten seit Jahrzehnten. Wir beobachten auch die Auswirkungen. Wir beobachten das hier in Bayern. In diesem Fall reicht uns das. Ich muss gar nicht nach anderen Bun-

desländern blicken, wie es dort mit einer weiteren Liberalisierung aussehen mag. Wir haben im Übrigen auch während der WM beobachtet, wie sich uneingeschränkte Öffnungszeiten auswirken. Einhellige Bewertung ist, dass dies nicht zu mehr Qualität und mehr Kaufkraft geführt hat. Im Übrigen werden uneingeschränkte Öffnungszeiten auch nicht so angenommen, wie Sie uns das darstellen wollen, selbst zu einer Zeit, wo bei schönstem Sommerwetter tatsächlich alle Leute auch nachts auf der Straße waren, was bei uns in Deutschland oder in Bayern auch nicht das ganze Jahr über der Fall ist.

Was Sie hier machen, ist ein scheinheiliges Geeeiere.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich fordere sie auf: Ziehen Sie Ihren schwammigen Antrag zurück und stimmen Sie über unseren Antrag ab, damit die Menschen an Ihrem Abstimmungsverhalten erkennen können, was Sie wollen oder was Sie nicht wollen.

(Zurufe von der CSU)

– Ich verstehe Ihre Aufregung; das habe ich schon gesagt.

(Zurufe von der CSU)

– Wenn Sie ruhig sind, brauche ich nicht so lange. Seien Sie ruhig, und plärren Sie nicht immer dazwischen.

(Beifall bei der SPD)

Stimmen Sie unserem Antrag zu, so oder so, dann wissen die Menschen draußen im Lande, woran sie sind.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin Sonnenholzner. Ich habe Ihren Ausführungen entnommen, dass Sie für Ihre Fraktion namentliche Abstimmung über Ihren Antrag beantragt haben. Ich bitte, dies im Hause durchzugeben, damit wir gleich nach der Debatte die namentliche Abstimmung vornehmen können.

Als Nächster hat der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Herr Kollege Herrmann, um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen, nicht umgekehrt. Das gilt natürlich auch für den Ladenschluss.

(Beifall bei der CSU —Zurufe von der SPD: Ach!)

Beim Thema Ladenschluss geht es um die Interessen der Menschen. Doch diese Interessen sind höchst unterschiedlich und zum Teil sogar gegensätzlich. Es gibt gute Gründe dafür zu sagen: Lassen wir das doch die Einzelhändler selber entscheiden; lassen wir es die Menschen

selber entscheiden, zu welcher Tages- und Nachtzeit sie einkaufen wollen. Es gibt gute Gründe – ich komme darauf gleich zurück –, sich über die Wettbewerbsfähigkeit

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): 51 Gründe!)

des Einzelhandels in Bayern gerade an den Grenzen zum Ausland und zu den deutschen Nachbarländern Gedanken zu machen. Es gibt gute Gründe dafür, die Entwicklung beispielsweise in den Tankstellen-Shops zu beobachten, um zu sehen, wie viel Einzelhandelsumsatz in diese Tankstellen-Shops abwandert, weil dort inzwischen rund um die Uhr geöffnet sein kann. Übrigens ist dies auch ein Beispiel, bei dem gleichzeitig darauf hingewiesen wird, dass viele Tankstellenpächter ihre Läden nachts um 24 Uhr nur deshalb geöffnet haben, weil sie von den großen Mineralölkonzernen dazu gezwungen werden; wenn sie frei entscheiden könnten, würden sie ihren Laden nachts um 1 Uhr nicht mehr offenhalten.

Natürlich geht es um die Frage, ob man mit anderen Öffnungszeiten auch in Deutschland mehr Konsum, mehr Umsatz und insgesamt mehr Wirtschaftskraft in Gang bringen könnte.

Wenn es um die Interessen der Menschen geht, gibt es aber auch gute Gründe, sich damit zu beschäftigen: Wie sieht es mit den Arbeitnehmerinteressen in den Betrieben aus?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): 51 Gründe!)

Wie sieht es mit dem Zwang zur Nachtarbeit und den Arbeitsbedingungen aus? Wie sieht es mit den Konsequenzen für die Familien aus? Eine Konsequenz ist, dass eine Familie mit unterschiedlichen Arbeitszeiten der Eltern mehr Möglichkeiten hat, auch noch zu einem späteren Zeitpunkt einzukaufen. Umgekehrt ist nach der Situation der Familien mit Mitarbeitern im Einzelhandel zu fragen, die in ihrer familiären Situation letztendlich noch weiter betroffen und eingeschränkt werden, wenn noch mehr Mitarbeiter auch durch die Nacht hindurch arbeiten müssen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das sind überraschende Probleme!)

Bei einer Liberalisierung – das ist gerade angeführt worden – würden vielleicht noch mehr geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und weniger reguläre entstehen. Es stellt sich die Frage der generellen Auswirkungen auf das ehrenamtliche Engagement vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger. Es gibt die Diskussion darüber, ob das letztendlich nur zugunsten der großen Handelsketten ausgehen würde und andere, kleinere mittelständische Betriebe womöglich noch stärker unter Druck geraten würden. Es gibt eine Diskussion darüber, ob das eine noch stärkere Konzentration in den großen Ballungsräumen zur Folge hätte

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Lauter überraschende Fragen!)

und der Einzelhandel im ländlichen Raum darunter eher leiden würde. Es gibt aber genauso die Diskussion – ich habe das angesprochen –, inwieweit im ländlichen Raum dort besonderer Wettbewerbsdruck entsteht, wo er an Nachbarländer angrenzt.

Ich meine, es ist völlig legitim, diese sehr kontroversen Positionen offen zu diskutieren.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Herr Kollege Dürr, wir hatten das im letzten Ältestenrat schon diskutiert. Ich sage jetzt ausdrücklich auch hier: Zwischenrufe sind eine gute parlamentarische Tradition. Wenn aber jemand während einer Debatte sozusagen jede Minute einen Zwischenruf macht, dann hat dies mit parlamentarischen Traditionen nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie das nicht endlich einsehen, werde ich das in der nächsten Ältestenratssitzung wieder zur Sprache bringen.

Die Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion und ich lassen uns das nicht mehr gefallen. Das hat mit parlamentarischen Diskussionen nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Es gibt gute Gründe dafür, diese Positionen offen auszu diskutieren. Nun hat es sich zufällig so ergeben, dass in der CSU-Fraktion das Pro und das Kontra genau ausgeglichen waren. Wenn ich mir die in der „Abendzeitung“ veröffentlichte Forsa-Umfrage ansehe, stelle ich fest – was mich nicht überrascht –, dass unsere Diskussion ein genaues Spiegelbild des Denkens der bayerischen Bevölkerung war.

(Alexander König (CSU): Näher am Menschen!)

In dieser Umfrage wurden die Menschen gefragt, was sie von einer Ausweitung der Ladenöffnungszeiten auf 22 Uhr halten würden. 51 % der Befragten haben erklärt, dass ihnen ein Ladenschluss um 22 Uhr zu weit gehen würde. Diese Haltung hat sich in der CSU-Fraktion wieder gefunden. Das ist halt die Volkspartei CSU.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich habe kein Problem damit, dies so offen anzusprechen. Wir stehen dazu: Die Breite unserer Fraktion gibt die ganze Breite der Meinungen und Wahrnehmungen in der bayerischen Bevölkerung wieder. Dafür haben wir uns nicht zu entschuldigen, und wir brauchen uns auch nicht dafür zu schämen. Darauf sind wir stolz. Dies ist letztlich das Erfolgsgeheimnis der CSU.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Wie wäre es mal mit einer Entscheidung?)

– Lieber Herr Kollege Maget, da und dort ist in diesem Zusammenhang von „Chaos“ und „Geeiere“ die Rede. Ich halte es für absurd, wie die Kommentare derzeit von Woche zu Woche wechseln. Wenn die CSU – wie das sehr häufig der Fall ist, insbesondere hier im Plenum – eine einstimmige Entscheidung trifft, findet sich schnell jemand, der sagt, hier hätte wieder ein Abnicken stattgefunden; da sei ein Vorschlag der Staatsregierung durchgewinkt worden, und dies sei typisch für die Situation in der CSU. Wenn jedoch einmal bei der Diskussion über ein Thema, das viele Kolleginnen und Kollegen emotional bewegt, unterschiedliche Auffassungen zum Ausdruck kommen, ist von „Chaos“ und „Geeiere“ die Rede. Meine Damen und Herren, wir sind eine demokratische und diskussionsfreudige Fraktion, in der auch für solche unterschiedlichen Auffassungen Platz ist.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Herrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Sonnenholzner?

Joachim Herrmann (CSU): Gerne.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte, Frau Kollegin Sonnenholzner.

Kathrin Sonnenholzner (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Kollege Herrmann, darf ich Ihren Ausführungen entnehmen, dass jeder und jede Abgeordnete Ihrer Fraktion in der nun folgenden namentlichen Abstimmung frei nach seinem oder ihrem Gewissen entscheidet?

Joachim Herrmann (CSU): Davon können Sie in der Tat ausgehen, weil das bei uns immer so ist.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie werden hier im Saal keinen Abgeordneten finden, der jemals gegen sein Gewissen abgestimmt hätte.

(Beifall bei der CSU)

Ich gehe bislang davon aus, dass das in der SPD-Fraktion auch so ist.

(Franz Maget (SPD): Sowieso!)

Gleichwohl kann ich Ihnen in Aussicht stellen, dass die Kollegen der CSU-Fraktion – soweit ich den Eindruck habe – Ihrem Antrag nicht folgen werden.

(Franz Maget (SPD): Schade! – Susann Biedefeld (SPD): Haben wir heute Märchenstunde?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat gute Gründe. Wir bringen mit unserem Antrag, den wir alternativ eingebracht haben, zum Ausdruck, dass wir in den nächsten Monaten die Entwicklung in anderen Bundesländern beobachten werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von

der SPD, eines muss ich schon sagen: Wir leben nicht auf einer Insel, weit abgeschottet von anderen Märkten. Wir können nicht sagen: Uns interessiert nicht, was woanders abläuft. Natürlich befinden wir uns in einer Wettbewerbssituation mit den umliegenden Ländern. Diese Länder sind jedoch nicht die alleinige Richtschnur.

Wenn bestimmte Verbände jetzt erklären, da oder dort würde ein „Fleckerlteppich“ entstehen, muss ich sagen: Föderalismus bedeutet, dass bestimmte Dinge in Bayern anders als zum Beispiel in Schleswig-Holstein geregelt werden können und es in Niedersachsen anders als in Brandenburg sein kann. Das ist das Wesen des Föderalismus. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass bei uns nicht automatisch das gemacht werden muss, was in dem einen oder anderen Bundesland gemacht wird. Das war von jeher das Selbstverständnis der CSU in Bayern. Wettbewerbsföderalismus bedeutet jedoch, dass wir beobachten, was sich in anderen Ländern tut, um daraus gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in den Ländern, in denen die SPD regiert oder mitregiert, werden bemerkenswerte Zeichen gesetzt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau! Das ist Demokratie!)

Gestern hat das Abgeordnetenhaus von Berlin mit den Stimmen der SPD und der PDS die Öffnung von 0.00 bis 24 Uhr und die Öffnung an allen vier Adventssonntagen beschlossen.

(Zurufe von der CSU: Pfui! – Franz Maget (SPD): Die entscheiden wenigstens!)

In Brandenburg wurde mit den Stimmen der SPD beschlossen, die Läden von 0.00 bis 24 Uhr zu öffnen. In Sachsen werden die Läden unter Beteiligung der SPD von 0.00 bis 22 Uhr aufgemacht und alle Adventssonntage freigegeben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist Demokratie! – Franz Maget (SPD): Das wollen wir mit der Föderalismusreform erreichen! Jedes Land entscheidet für sich selbst!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können die Augen vor dieser Entwicklung nicht verschließen. Deshalb sagen wir klar: Wir beobachten diese Entwicklung sorgfältig und werden zu gegebener Zeit klären, ob sich aus der Entwicklung in anderen Ländern die Notwendigkeit zum Handeln ergibt. Wann das sein wird, ergibt sich aus der Sache. Darauf legen wir uns heute noch nicht fest. Wir werden klären, ob sich eine Notwendigkeit zum Handeln in Sachen Wettbewerb oder im Hinblick auf die Chancen oder die Befürchtungen ergibt. Wir werden beobachten, ob sich die Hoffnungen, die manche mit der völligen Freigabe und Liberalisierung verbinden, erfüllen und ob es zu neuen Arbeitsplätzen, zu Umsatzwachstum und zu einer freudigen Annahme dieser Öffnungszeiten durch die Verbraucher kommt. Wir werden aber auch beobachten, ob sich die Befürchtungen, die manche hinsichtlich der Auswirkungen auf die Lebensgewohnheiten der Menschen,

auf die Situation der Familien und vieles andere haben, bewahrheiten oder nicht. Ich glaube, dies ist eine seriöse und gut vertretbare Position. Ich bin sicher, dass der bayerische Einzelhandel dabei keineswegs ins Hintertreffen geraten wird.

Ich habe gerade die Situation in Berlin und Sachsen hinsichtlich der Adventssonntage angesprochen. Deshalb möchte ich abschließend ganz klar sagen: Am Sonn- und Feiertagsschutz wird auf gar keinen Fall gerüttelt. Darin ist sich die CSU-Fraktion völlig einig, und wir bekräftigen das mit diesem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Wir stehen dazu und unterscheiden uns dabei deutlich von anderen Bundesländern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die CSU-Fraktion ist das Thema Ladenschluss für die nächste überschaubare Zukunft von der Tagesordnung. Wir werden die Entwicklungen in den anderen Ländern beobachten und gemeinsam mit Ihnen zu gegebener Zeit wieder darüber sprechen, ob, und wenn ja, in welcher Hinsicht, Handlungsbedarf besteht. Auf dieser Grundlage wird die CSU-Fraktion den vorliegenden Antrag beschließen und Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir führen hier eine ernsthafte Debatte über die Ladenöffnungszeiten. Wir sagen: In der Debatte und der Entscheidungsfindung über die Ladenöffnungszeiten gilt es, zwischen den Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und ihren Familien sowie dem Schutz der Sonn- und Feiertage einerseits und einzel- und gesamtwirtschaftlichen Überlegungen sowie den Wahlfreiheiten der Verbraucher andererseits abzuwägen.

Wir von der GRÜNEN-Fraktion sehen mehrheitlich in der Möglichkeit zu längeren und flexibleren Öffnungszeiten Chancen für Klein- und Kleinstanbieter sowie Chancen für Nischenanbieter. Wir sehen auch, dass sich gerade der innerörtliche Handel bei flexibleren Öffnungszeiten gegenüber seinen Konkurrenten auf der grünen Wiese profilieren kann und somit von flexibleren Öffnungszeiten profitieren kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sicher ist es eine Frage der Abwägung; das ist völlig klar. Eines müssen wir wissen: Hinsichtlich der Arbeitsschutzbestimmungen – was immer thematisiert wird und wofür ursprünglich der Ladenschluss entwickelt worden ist – gibt es ganz andere Möglichkeiten. Arbeitsschutzbestimmungen lassen sich künftig bekanntermaßen wesentlich leichter durch eine bundeseinheitliche Arbeitsschutzgesetzgebung regeln, nachdem im Zuge der Föderalismusreform das Arbeitsrecht mittlerweile von der Erforderlichkeitsklausel ausgenommen worden ist. Wir sind in dieser Frage seit vielen Jahren positioniert. Wir haben unsere Position auch immer wieder abgefragt und abgestimmt.

Diese Position ist mehrheitlich eine für Freigabe und Flexibilisierung. Das heißt, wir vertreten die gleichen Positionen, zu denen sich mittlerweile auch die beiden nunmehr anwesenden Minister Sinner und Huber bekannt haben.

Mehrheitlich bedeutet bei uns aber: Wir haben keinen Fraktionszwang. Wir müssen auch klar sagen, wir haben uns nicht soweit aus dem Fenster gelehnt wie andere. Eines muss man dabei festhalten: Staatsregierung und CSU sind vorgeprescht und haben sich weit aus dem Fenster gelehnt, und zwar lange vor der Debatte um die Föderalismusreform. Ich erinnere an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Juni 2004. Das Bundesverfassungsgericht hat damals gesagt, die jetzige Regelung sei durchaus mit dem Grundgesetz vereinbar, aber dem Bundesgesetzgeber seien zukünftig substantielle Änderungen verwehrt. Was ist passiert? – Die CSU und die Staatsregierung haben kundgetan – ich zitiere jetzt aus Zeitungsartikeln –: „Einkaufen in Bayern rund um die Uhr“ – das war die „Augsburger Allgemeine“ vom 25. Dezember 2004 – oder „Staatskanzleichef Huber vorgeprescht“ – die „Abendzeitung“ in München am gleichen Tag.

Was gab es hinsichtlich der Föderalismusreform für Zitate? „Das können wir alles besser“, „Das packen wir gleich an“, „Da erfolgt sofort eine vernünftige Lösung“. Was ist jetzt? Jetzt soll erst einmal gar nichts passieren. Das heißt, meine Damen und Herren von der Staatsregierung, Sie haben den Mund ganz, ganz voll genommen, und jetzt kommt nicht einmal heiße Luft heraus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Tiger gestartet, und nicht einmal der berühmte Bettvorleger ist daraus geworden, also noch viel weniger.

Nun komme ich zu unserem famosen Ministerpräsidenten, der ja auch, soweit wir wissen, Landtagsabgeordneter und somit Mitglied der CSU-Fraktion ist. Er hat die Fraktionssitzung, obwohl es doch um ein wichtiges Thema gegangen ist, vor der Abstimmung verlassen. Dann gab es das Patt, und was macht er? – Sie können heute lesen: Dann mault der Herr nach. Dann hätte er doch bleiben sollen, statt nachzumaulen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die CSU-Fraktion – ich sehe, sie sind lernfähig – hat nichts anders gemacht, als den Stoiber gegeben: Ja, nein, weiß nicht, äh, links, rechts, hü, hott, äh, vor, zurück, äh und nochmal äh. Genau das haben Sie gemacht, Sie haben den Stoiber gegeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit, meine Damen und Herren von der CSU-Fraktion, haben Sie sich zum Ladenhüter gemacht, zu dem, was Herr Stoiber schon lange ist, spätestens seit der letzten Regierungsbildung in Berlin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sehe, Herr Herrmann, Sie lächeln gequält. Damit bin ich bei Ihrem Dringlichkeitsantrag. Das ist ein ganz famoser Dringlichkeitsantrag. Es ist dringlich, nichts zu tun.

Was ist denn daran dringlich?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch komischer ist, dass es im Antrag heißt: Wir beobachten. Warum brauchen wir, warum brauchen Sie oder warum braucht die Staatsregierung jetzt einen Antrag des Landtags und ein entsprechendes Votum, um beobachten zu dürfen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie brauchen also einen Antrag, um zu beobachten. Da kommen wir schon ordentlich ins Schwitzen, um Ihr Schwitzen nachvollziehen zu können.

Fazit ist: Die SPD hat eine Position, und für diese gibt es gute Argumente. Wir haben eine andere Position, denn wir haben anders abgewogen, aber die CSU-Fraktion hat zu keiner Position gefunden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings haben einzelne Mitglieder in der CSU-Fraktion durchaus ihre eigene Meinung und haben diese klar und eindeutig kundgetan, und zwar die einen in diese Richtung und die anderen in jene Richtung. Wir müssen sagen: Diejenigen Kollegen von der CSU-Fraktion, die gesagt haben, es solle alles so bleiben, wie es ist, müssten mit dem Antrag der SPD stimmen; sie haben eigentlich gar keine andere Möglichkeit. Ich meine konkret die Herren Traublinger und Kreidl; ich sehe sie gerade nicht. – Herr Kollege, schön, dass Sie da sind, aber Herrn Traublinger sehe ich nicht. Er ist oft bei solchen Abstimmungen nicht anwesend, um dann hinterher in der Zeitung das Gegenteil von dem zu verkünden, worüber er hätte abstimmen müssen. Diejenigen müssen ganz klar mit dem Antrag der SPD stimmen, weil ansonsten das Abstimmungsverhalten als nichts anderes als eine unendliche Feigheit zu werten wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Werben Sie für oder gegen Ihren Antrag? – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Führungsschwäche!)

– Herr Kollege Kupka, weil Sie das gerade einwerfen: Die GRÜNEN-Fraktion hat mehrheitlich eine andere Position, als sie im Antrag der SPD-Fraktion festgehalten ist. Deshalb werden wir auch mehrheitlich diesen Antrag ablehnen. All diejenigen, die in unserer Fraktion der Meinung der SPD sind, dürfen selbstverständlich dem SPD-Antrag zustimmen. Genau das erwarten wir auch von Ihrer Fraktion. Unsere Leute haben den Mund nicht voll genommen, Ihre Leute haben das getan. Deswegen sind wir gespannt auf die Abstimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Maget.

Franz Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann die Lage, in der sich Herr Kollege Herrmann befindet, durchaus nachvollziehen. Es ging mir auch schon einmal so, dass ich hier sprechen musste, weil die Meinungen in unserer Fraktion geteilt waren. Selbstverständlich hat Herr Kollege Herrmann auch recht, wenn er das als Ausweis innerparteilicher Demokratie beschreibt. Aber ein solches Geeiere, mit Verlaub, Herr Kollege Herrmann, wurde mir noch nie zugemutet.

(Beifall bei der SPD)

Dafür bin ich meiner Fraktion richtig dankbar; denn bei unterschiedlichen Meinungen in einer Fraktion, die es immer wieder gibt und geben muss, haben wir uns wenigstens am Ende immer zu einer Entscheidung durchgerungen, und diese durfte ich vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Dass man Sie hier so vorführt, hat mir meine Fraktion – ich muss Ihnen das sagen – bisher immer erspart. Herzlichen Dank dafür, dass ihr mich noch nie in eine solche Situation gebracht habt!

Jetzt sagt Herr Kollege Herrmann zu Recht, die Meinung in der Bevölkerung zu diesem Thema gehe auseinander. Das stimmt, aber genau deswegen wählt sich die Bevölkerung ein Parlament in der Demokratie, damit dieses dann die Entscheidung trifft. Dafür haben wir ein Parlament, dass wir über unterschiedliche Meinungen in der Bevölkerung diskutieren, diese gewichten und die Entscheidung treffen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dafür bezahlt, dass wir in der Demokratie die strittigen Fragen diskutieren und einer Klärung zuführen.

Dann sagt Herr Kollege Herrmann: Schaut euch einmal an, was die SPD in den anderen Ländern macht. Das ist genau das gewünschte Ergebnis der Föderalismusreform, wie wir sie alle begrüßt haben, dass es in Deutschland durchaus zu unterschiedlichen Regelungen kommen kann, darf und soll. Aber Ihre Kollegen von der CDU in den anderen Ländern verhalten sich an einer entscheidenden Stelle anders als Sie. Sie beteiligen sich am Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess und stimmen mit darüber ab, wie es sein soll.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen wird Ihre Fraktion in Schleswig-Holstein eine klare Entscheidung treffen.

(Walter Nadler (CSU): Wir auch!)

– Sie treffen auch eine klare Entscheidung? Wie lautet die denn, Herr Kollege? Sie warten. Ihre Entscheidung lautet: Wir entscheiden jetzt einmal nicht, sondern warten dringlich ab.

Sie warten dringlich ab, bis Sie sich irgendwann einmal entscheiden.

(Engelbert Kupka (CSU): Stimmt doch nicht! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In allen Bundesländern sind alle Fraktionen aufgerufen, in dieser Situation eine Entscheidung zu treffen. Die Fraktionen treffen sie in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Hier in Bayern – so meint meine Fraktion – gibt es neben den ökonomischen Gründen und Argumenten pro und kontra ein besonders wichtiges Argument. Das ist die besondere – ich nenne es jetzt einmal so – kulturelle Ausprägung, Lebensart, Gewohnheit, Tradition, die stark durch ehrenamtliche Netze, durch den Feierabend und selbstverständlich insbesondere durch den Sonn- und Feiertag geprägt sind. Deswegen überwiegen neben dem Pro und Kontra in ökonomischen Fragen für uns in dieser Diskussion eher die kulturellen und die sozialen Argumente, die dafür sprechen, es bei einem Ladenschluss zu belassen, und deswegen sagen wir auch: Es gibt keinen erkennbaren Grund, diesen jetzt zu ändern.

(Beifall bei der SPD)

Das sollte ein Parlament auch so sehen, sonst könnte man beim Ländervergleich auch sagen: In Schleswig-Holstein entscheidet man sich so, in Rheinland-Pfalz anders und in Bayern wird man sagen: Die CSU kann sich leider für gar nichts entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Was ist das denn für ein Beitrag von Ihnen zur Ausgestaltung des Föderalismus?

(Beifall bei der SPD)

Ich habe eben die Zeitschrift unseres Hauses „Maximilianeum“ gelesen. Danach sagen alle unisono: Nun haben wir neue Entscheidungsrechte in den Landtagen.

(Joachim Unterländer (CSU): Genau!)

Diese Entscheidungsrechte wollen wir tatkräftig nutzen.

(Heiterkeit bei der SPD – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Durch Nichtstun!)

Und dann stellen Sie sich hin und sagen: Leider können wir uns jetzt nicht entscheiden, wir lassen erst einmal alles liegen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Da seid Ihr aber schöne Kameradinnen und Kameraden!

(Beifall bei der SPD)

Das nenne ich lebendigen Föderalismus.

Wofür Herr Kollege Herrmann hier in der Sache gesprochen hat, habe ich sowieso nicht verstanden. Haben Sie sich jetzt hier eigentlich persönlich dafür ausgesprochen, es bei der jetzigen Situation zu belassen, oder haben Sie für eine Veränderung gesprochen? Ich habe es nicht verstanden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Man hat es nicht gehört!)

Vielleicht kann ich beim Nachlesen des Protokolls eine Exegese Ihres Beitrages vornehmen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da hat man wirklich nichts gehört!)

Ich habe es nicht verstanden. Dem, und dem Umstand, dass die zuständigen Minister jetzt offensichtlich überhaupt nicht das Wort ergreifen wollen, – –

(Zuruf des Staatsministers Erwin Huber)

– Offenkundig wollen Sie nicht sprechen, Herr Minister Huber.

(Staatsminister Erwin Huber: Schauen ma mal!)

– Ach, das wäre aber schön. Es wäre doch wirklich erhellend, jetzt eine Stellungnahme des bayerischen Wirtschaftsministers zu bekommen und vielleicht auch noch eine Replik der Sozialministerin. Das wäre wirklich ein schönes Ende dieses Vormittags.

(Lebhafte Zurufe und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich darf Sie ausdrücklich dazu ermuntern. Das wäre ein phantastischer Beitrag zu der viel beschworenen Lebendigkeit in der CSU-Fraktion, wenn wir das jetzt noch einmal sachkundig von Ihnen, Herr Huber, erläutert bekämen. Ich verspreche Ihnen, ich werde aufmerksam zuhören.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Der Anführer selber ist nicht nur bei den Abstimmungen nicht anwesend gewesen, sondern er meidet das Volk auch heute. Da sage ich: Respekt! Das ist ein Exempel von Führungsstärke.

(Beifall bei der SPD)

Es ist toll, wie der Bayerische Ministerpräsident in dieser Frage die Fäden in der Hand hält. Phantastisch! Der Stoiber ist ein starker Ministerpräsident.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Jawohl! – Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der sagt an diesem Pult: Jawohl! Er stellt sich hierher und sagt: Liebe Leute, das ist meine Meinung, dafür kämpfe

ich, und dafür bleibe ich sogar in der Fraktionssitzung der CSU, damit ich mit abstimmen kann, so ein guter Ministerpräsident bin ich, und dann stelle ich mich hier ans Pult und kämpfe bei den unterschiedlichen Positionen in der CSU für meine Meinung. Ein toller Ministerpräsident.

(Susann Biedefeld (SPD): Er glänzt wieder durch Abwesenheit!)

Aber leider geschieht dies nur in der Phantasie und ist längst nicht mehr Wirklichkeit.

(Susann Biedefeld (SPD): Genau! – Beifall bei der SPD)

Führungs- und Orientierungslosigkeit sind in der CSU angesagt, insbesondere an der Spitze bei ihrem Ministerpräsidenten. Deswegen meine abschließende Bemerkung – eineinhalb Minuten heben wir uns noch auf, Kathrin, man weiß ja nicht, was heute noch alles kommt –:

(Joachim Unterländer (CSU): Da kann nicht mehr viel kommen von euch!)

Der Dringlichkeitsantrag der CSU drückt exakt das aus, was mindestens die Hälfte Ihrer Fraktion beschlossen hat, und er drückt sogar das aus, was Ihr Notanker ist, nämlich erst einmal gar nichts zu machen. Wer jetzt nichts ändern, sondern abwarten will, kann ohne jedes Problem dem Antrag der SPD zustimmen.

(Engelbert Kupka (CSU): Stimmt doch nicht! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Natürlich!)

Er muss es sogar. Wer den Parlamentarismus auch nur im geringsten ernst nimmt, muss diesem Antrag zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vielleicht kann sich der eine oder andere von der CSU doch dazu durchringen; das würde uns freuen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Kollege Herrmann hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

(Zurufe von der SPD – Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU): Das hat der Maget doch gewollt, dass er noch einmal redet!)

Joachim Herrmann (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich will nur zwei kurze Anmerkungen machen. Zum Ersten möchte ich in aller Öffentlichkeit noch einmal folgendes klarstellen: Der Herr Ministerpräsident hat am Mittwochabend einen vor langer Zeit geplanten und zugesagten Empfang der Bayerischen Staatsregierung

für die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Würzburg gehabt.

(Prof. Dr. Walter Eykmann (CSU): Da musste er hin!)

Er ist bis zum letztmöglichen Zeitpunkt in der Fraktion geblieben und dann mit dem Hubschrauber nach Würzburg geflogen. Ich glaube, es hätte keiner Verständnis gehabt – Ihrerseits wäre es sicher umgekehrt gewesen –, wenn er die versammelten Synodalen aus ganz Deutschland in Würzburg hätte warten lassen, weil in München immer noch die CSU-Fraktion diskutiert.

(Beifall bei der CSU)

Heute ist er bei einer Sitzung des ZDF-Fernsehrats in Mainz. Ich denke, es ist nachvollziehbar, dass er an dieser Sitzung in Mainz teilnimmt.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Es wäre für ihn hier ja auch sehr unangenehm gewesen!)

Das Zweite ist folgendes: Nachdem die GRÜNEN noch ein bisschen Redezeit haben und hier so nett geredet wird, wollte ich Sie noch etwas fragen. Auf dem Flurfunk ist neuerdings das Gerücht zu hören, die fraktionsinterne Abstimmung der GRÜNEN über diesen Punkt sei acht zu sieben ausgefallen.

(Heiterkeit bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Franz Maget (SPD): Acht zu sechs!)

Ich würde mich freuen, wenn jemand von den GRÜNEN noch kurz erläutern würde, ob dem so ist. Ich finde das durchaus in Ordnung, aber man sollte sich dann nicht zu sehr aufplustern.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

Deshalb noch ein Letztes, was ich dazu sagen will: Lieber Herr Kollege Maget, in vielen Punkten der Föderalismusreform haben wir durchaus Berührungspunkte, aber eines sollte klar sein: Wir haben jetzt einen eigenen Gestaltungsspielraum.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Herrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dürr?

(Joachim Herrmann (CSU): Bitte sehr!)

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Kollege Herrmann, um nicht immer dazwischenrufen zu müssen, frage ich jetzt offiziell: Was ist denn Ihre persönliche Meinung zu dem Thema?

Joachim Herrmann (CSU): Ich habe Sie gefragt, ob es

stimmt, dass Sie acht zu sieben in der Fraktion abgestimmt haben. Darauf habe ich eine Aussage von Ihnen erwartet.

(Heiterkeit bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Jetzt noch einmal ein Wort zur Föderalismusreform: Ja, wir wollen die Möglichkeiten der Föderalismusreform nutzen.

(Franz Maget (SPD): Toll!)

Aber wir werden bei den einzelnen Bereichen genau überlegen, wann und in welchem Umfang wir es tun. Wir haben beispielsweise bei unserer Klausurtagung in Kloster Banz über die Neuregelung beim Beamtenrecht diskutiert. Da ist es völlig unstrittig in der CSU-Fraktion, dass die Fragen zum Beamtenversorgungsrecht und zum Beamtenrecht insgesamt eine so komplexe Materie sind, dass diese Fragen innerhalb der nächsten zwei Jahre intensiv erörtert werden müssen, dass es aber sicherlich erst in der neuen Legislaturperiode zu einer Regelung kommen kann.

Es gibt doch keinen Zwang, Neuregelungen zu erlassen. Die Regelung im Grundgesetz ist völlig klar. Alle bestehenden Bundesgesetze gelten solange weiter, bis ein Land eine Neuregelung trifft. Die CSU-Fraktion hat am Mittwoch entschieden, dass sich zunächst einmal nichts ändert. Herr Kollege Maget, das war in den letzten zwei Sätzen Ihrer Rede leider ein Trugschluss. Wenn sich nichts ändert, brauche ich keinen Beschluss des Landtags. Das ist einfach so, weil es kein neues Gesetz gibt. Solange es aber kein neues Gesetz gibt, gilt das alte weiter. Dazu brauche ich Ihren Dringlichkeitsantrag auch nicht.

(Johann Werner-Muggendorfer (SPD): Dann brauchen wir Ihren schon gleich gar nicht!)

Deshalb werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen, und damit hat sich für uns der Fall.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich habe eine nochmalige Wortmeldung des Kollegen Dr. Runge.

(Alexander König (CSU): Jetzt werden wir wohl die Mehrheitsverhältnisse erfahren!)

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Herrmann, es ist spannend, was Sie alles über Ihren Flurfunk hören. Der Flurfunk hat Sie aber getäuscht. Die Mehrheit war etwas größer.

(Lachen bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Achteinhalb plus XI!)

Meine Herren von der CSU, das ist aber nicht entscheidend. Es gibt zwei wichtige Punkte, auf die ich in meiner Rede eingangs hingewiesen habe, und das mache

ich jetzt noch einmal. Wir haben nie den Mund so voll genommen, wie Sie es getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich habe zitiert, was Ihre Minister nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Juni 2004 angekündigt haben. Wir haben vor allem in der Debatte über die Föderalismusreform und auch danach den Mund nicht so voll genommen. Sie haben doch gesagt, wir könnten in Bayern alles besser und würden alles schnell anpacken. Es passiert aber überhaupt nichts.

(Engelbert Kupka (CSU): Stimmt nicht!)

Natürlich kann man sich in der Fraktion täuschen, auch die Mehrheitsverhältnisse können sich ändern. Ein Minister ist nun einmal vorgeprescht, aber die Fraktion folgt ihm nicht. Das ist doch wunderbar.

Viel schlimmer ist aber der Fraktionszwang, und darin unterscheiden wir uns von Ihnen. Wir haben nicht diesen elenden Fraktionszwang, auf den Sie Ihre Leute immer einschwören.

(Widerspruch bei der CSU)

– Beweisen Sie uns doch beim Antrag der SPD das Gegenteil. Herr Kupka hat richtigerweise gesagt: Herr Runge, was wollen Sie, Sie sind doch gegen die Position der SPD. Ich bin sehr wohl dagegen. Deswegen machen wir es ganz trickreich. Der grüne Runge redet den CSU'ern ins Gewissen, dem SPD-Antrag zuzustimmen, damit sie es dann genau nicht machen, weil es vom grünen Runge kommt. Die Herren, die immer wieder gesagt haben, dass es keinen Änderungsbedarf gibt, haben jetzt aber überhaupt keine andere Möglichkeit, als dem Antrag der SPD zuzustimmen. Sonst machen sie sich völlig unglaubwürdig. Herr Kupka, darin unterscheiden wir uns von Ihnen. Wir sehen unser Mandat anders. Wir diskutieren über das Thema sehr intensiv und haben auch immer intensiv darüber diskutiert.

Herr Herrmann, bevor Sie noch einmal auf den Flurfunk hören, rufen Sie uns an. Möglicherweise informieren wir Sie dann direkt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Wie war denn dann das Ergebnis, Herr Runge? Sie haben gesagt, acht zu sieben war es nicht! Wie war es denn dann?)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Es lag mir nur eine halbe Wortmeldung des Ministers Huber vor: „Schaun ma mal!“

(Allgemeine Heiterkeit – Zurufe von der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist aber enttäuschend!)

Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich trenne die beiden Anträge. Sie wissen, dass zum SPD-Antrag namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Deswegen kommen wir zuerst zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 15/6761. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der CSU. Die Gegenprobe. – Wenn ich es richtig sehe, sind es die SPD-Fraktion und Teile der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Teile der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 15/6693. Ich darf verfahrensleitend noch Folgendes sagen. Wir haben die namentliche Abstimmung. Ich werde nachher die Sitzung zur Auszählung unterbrechen und sie nur noch zur Bekanntgabe des Ergebnisses wieder eröffnen, sie dann aber endgültig schließen. Ich sage das nur, damit Sie sich darauf einrichten können, wenn Sie zum Zug müssen. Die Urnen stehen an den üblichen Plätzen bereit. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 11.55 bis 12.00 Uhr)

Die fünf Minuten sind abgelaufen. Der Abstimmungsvorgang ist zu Ende. Ich bitte auszuzählen. Dazu unterbreche ich die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses. Die Uhrzeit läuft, ich hoffe, dass ein neuer Rekord im Auszählen aufgestellt wird.

(Unterbrechung von 12.00 bis 12.06 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Sitzung noch einmal auf und gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Keine Aufweichung des Ladenschlussgesetzes in Bayern – Familie hat Vorrang“, Drucksache 15/6693, bekannt: Mit Ja haben 35 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 96, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage)

Die restlichen Dringlichkeitsanträge 15/6694, 15/6759, 15/6695 und 15/6696 werden in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich noch eines sagen: Für die Besuchergruppe tut es mir leid, dass sie nur die Hälfte der Zeit, die sie normalerweise hier im Plenum sein hätte können, hier sein kann, weil wir jetzt Schluss machen. Ich will sie deswegen ausnahmsweise hier im Landtag begrüßen, zumal die Eltern von Frau Bause unter ihnen sind. Herzlich willkommen; ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag im Landtag. – Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 12.07 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.11.2006 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Susann Biedefeld u. a. und Fraktion SPD; Keine Aufweichung des Ladenschlussgesetzes in Bayern; Familie hat Vorrang (Drucksache 15/6693)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred			
Ackermann Renate	X		
Babel Günther			
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Bocklet Reinhold			
Boutter Rainer			
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred			
Deml Marianne			
Dodell Renate		X	
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp		X	
Dupper Jürgen			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykman Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Glück Alois		X	
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	
Götz Christa			
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike			
Guckert Helmut		X	
Guttenberger Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Haderthauer Christine		X	
Haedke Joachim			
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Herrmann Joachim		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang			
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann			
Dr. Kaiser Heinz			
Kamm Christine	X		
Kaul Henning			
Kern Anton		X	
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz		X	
Leichtle Willi	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann	X		
Meyer Franz			
Miller Josef		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Mütze Thomas		X	
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth		X	
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian		X	
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Rütting Barbara		X	
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike		X	
Scharfenberg Maria		X	
Schieder Werner			
Schindler Franz	X		
Schmid Berta			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried		X	
Schorer Angelika			
Schramm Henry		X	
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone	X		
Thätter Blasius			
Tolle Simone		X	
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang	X		
Volkmann Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Weinberger Helga			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred			
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus			
Zeitler Otto			
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef			
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	35	96	0